



Gorleben Rundschau

Wir sind die Wenden: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

X-XII/2024 • # 1093



Zwischenlagerung

Die Zwischenlagerung von Atommüll war nur für 40 Jahre geplant. Nun ist klar, dass sie bis Ende des Jahrhunderts dauern wird. Das wollen sich Gemeinden vergolden lassen.

Langzeitlagerung

Die Suche nach einem Endlager wird sich wohl bis 2074 hinziehen. Zu diesem Ergebnis kommt das Öko-Institut. Das hat gravierende Folgen für die Lager und Behälter.

Endlagerung

Der Weg zur Entsorgung nuklearer Abfälle ist teuer und wenig transparent. Unterfinanzierung und ungeeignete Formate der öffentlichen Beteiligung provozieren Kritik.

Es gibt einen wissenschaftlichen Konsens zur Klimakrise. Das sind Tatsachen, das ist keine Geschichte, die man so oder so sehen kann. Und wenn man das einmal verstanden hat, dann brennt das Feuer unter den Füßen.

Patricia Kopatchinskaja
moldauisch-österreichische Geigerin



Foto Cover: picture alliance; Foto S. 2: Ugo Perter; Foto S. 3: PubliXViewing

Impressum

46. Jahrgang
Ausgabe 1093
Oktober, November, Dezember 2024

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.

Kontakt
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)
Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion
Wolfgang Ehmke (we), Anna Gäde (ag),
Wilma Wallat (ww)

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektorat: Wilma Wallat

Druck, Papier, Farben
dieUmweltdruckerei GmbH, Hannover
Papier: Recycling-Premiumweiß, FSC-Recycled
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de



Wolfgang Ehmke ist Pressesprecher
der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Am 8. Oktober 1984 erreichte der erste Atommülltransport das Zwischenlager Gorleben. Der Inhalt: schwach- und mittelaktive Abfälle aus dem AKW Stade. Dirigiert von Helikoptern, eskortiert von 2000 Polizisten raste der Konvoi durch die Dörfer. Straßen wurden abgeriegelt, Menschen, die sich querstellten, kurzerhand festgenommen. Ehrlich gesagt, wir wurden überrumpelt. Am Tag drauf das gleiche Spiel: Der zweite Transport machte sich auf den Weg – es herrschte Ausnahmezustand. Trotzdem gelang es im zweiten Durchgang nun vielen, den Transport immer wieder zu stoppen. Flankiert wurde der martialische Auftritt noch durch ein Bundeswehrmanöver mit schwerem Gerät.

Dem ersten „Tag X“ waren eine Wendlandblockade und eine Menschenkette von Hitzacker nach Clenze vorausgegangen. Ein Vorspiel für die Mobilisierung und das, was Mitte der Neunzigerjahre dann mit dem ersten Castortransport nach Gorleben bis ins Jahr 2011 den Alltag im Wendland bestimmte.

40 Jahre nach dem Einlagerungsbeginn sehen wir voller Ernüchterung, dass die Frage, wohin mit dem Atommüll, noch lange nicht gelöst ist. Das Fasslager in Gorleben wird unbefristet betrieben, die schwach- und mittelaktiven Abfälle sollten eigentlich in die ehemalige Erzbergwerk Schacht KONRAD verbracht werden, doch der Planfeststellungsbeschluss wird höchstwahrscheinlich juristisch angefochten, weil das Bergwerk aus Sicht der Kritiker heutigen Sicherheitsanforderungen an die Atommüllendlagerung nicht entspricht. In der Castorhalle – offizieller Titel „Brennelemente-Zwischenlager Gorleben“ – stehen 113 Behälter mit hochradioaktiven Abfällen. Die Aufbewahrungsgenehmigung erlischt im Jahr 2034, und weil der Endlagerstandort wohl erst in den 60er oder 70er Jahren des Jahrhunderts feststeht, mutieren die Zwischenlager zu Langzeitlagern – mit allen Risiken einer oberirdischen

Lagerung dieser brisanten Abfälle. Dazu kommt noch, dass die Behältergenehmigungen für 38 der 113 Castoren, schon vor 2034 auslaufen. Es bleibt also allein in Gorleben viel zu tun.

Nicht nur deshalb müssen wir auch Christian Meyer, dem niedersächsischen Umweltminister, widersprechen, der Anfang Oktober Gorleben besuchte. Er hatte anlässlich der Erteilung der Stilllegungs- und Abbaugenehmigung für das Atomkraftwerk Lingen 2 im Emsland behauptet, dass die Atomkraft in Niedersachsen Geschichte sei.

Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sagte es in einer Replik treffend: „Gerade Niedersachsen ist nach wie vor ein Zentrum der internationalen Atomindustrie. In Lingen werden Brennelemente hergestellt, die den Betrieb von Atomkraftwerken in etlichen Ländern gewährleisten. Und in Lingen will auch noch die russische Atomindustrie mit einsteigen, damit zukünftig dort auch Brennstäbe für osteuropäische Atomkraftwerke produziert werden können“

Im Rahmen des dafür notwendigen atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens wurden in diesem Jahr rund 11000 Einsprüche in Hannover beim zuständigen Umweltministerium eingereicht. Sie sollen ab dem 19. November bei einem Erörterungstermin in Lingen vertieft werden. Die Brennelementefertigung in Lingen muss gestoppt werden – auch ohne russische Beteiligung.

Zwei Dinge nehmen wir mit aus all den Jahren: Ohne Protest und Widerstand der Zivilgesellschaft wären die Atomkraftwerke nicht abgeschaltet worden. Und: Wer heute auf Atomkraft setzt, sollte unbedingt auf die Atommüllproblematik und auch auf die Kosten der nuklearen Entsorgung schauen. Unser Engagement ist weiterhin notwendig.

Eine Million für ein paar Castoren

Zwischen-, Langzeit-, Endlagerung

Hoch radioaktiver Müll sollte 40 Jahre in Zwischenlagern bleiben. Aber es ist kein Endlager in Sicht. Betroffene wollen einen finanziellen Ausgleich. Der Bericht von Reimar Paul erschien am 5. August in der TAZ.

Die Atomkraftgegner im niedersächsischen Wendland sprechen abfällig von der „Kartoffelscheune“, wenn sie sich mal wieder über die wuchtige Halle aufregen, die hinter dem massiven Metallzaun umgeben von Kiefernwald mehr zu erahnen als zu sehen ist. Dabei lagert in dem 190 Meter langen, 38 Meter breiten und 22 Meter hohen Bauwerk aus Beton gar kein Gemüse.

Hier wurden 113 Castorbehälter mit hoch radioaktivem Atommüll abgestellt – vorübergehend. Sie warten auf ihren Weitertransport in ein Endlager, das noch nicht gefunden worden ist. Die betroffenen Gemeinden wollen nun nicht mehr einfach abwarten, sie haben sich zusammengetan und wollen Geld sehen.

Denn die vorübergehende Lösung kann noch locker 100 Jahre dauern, so lange, bis ein Endlager für den hochradioaktiven Abfall aus deutschen Atomkraftwerken eingerichtet wurde. Bis dahin bleibt

der Müll eben in den Zwischenlagern wie im niedersächsischen Gorleben oder im schleswig-holsteinischen Brunsbüttel. Während Umweltschützer vor allem Sicherheitsbedenken gegen diese Zwischenlager ins Feld führen, fordern betroffene Kommunen nun Ausgleichszahlungen für die deutlich verlängerten Lagerzeiten des Atommülls.

„Es war nie die Rede davon, dass der Atommüll hier so lange gelagert werden soll“, sagt etwa Brunsbüttels parteiloser Bürgermeister Martin Schmedtje. Er stört sich zum Beispiel daran, wertvolle Industrieflächen sehr viel länger als geplant nicht oder nur eingeschränkt nutzen zu können.

► Brunsbüttel will eine Million Euro im Jahr

Schmedtje verweist außerdem auf Zuwendungen, die nach Ahaus und Gorleben geflossen sind. An diesen beiden Zwischen-

lagerstandorten stehen oder standen – anders als in Brunsbüttel – nie Atomkraftwerke, die Gewerbesteuer in die Gemeindekassen spülten.

Auch die Samtgemeinde Gärtow und der Landkreis Lüchow-Danenberg als betroffene Zwischenlager-Kommunen erhalten Geld. Von rund einer Million Euro pro Jahr ist die Rede, genaue Zahlen sind nicht bekannt. „Mindestens eine Million Euro jährlich“, verlangt deshalb auch Schmedtje für Brunsbüttel.

Er weiß sich im Einklang mit den Positionen der *Arbeitsgemeinschaft der Standortkommunen kerntechnischer Anlagen (ASKETA)*. In der haben sich alle Bürgermeister und Bürgermeisterinnen organisiert, die Atomkraftwerke oder Zwischenlager in der Gemeinde haben. Der ASKETA-Vorsitzende Josef Klaus (CSU) sagt auf taz-Anfrage, auch er halte eine Summe von 800 000 bis 1,3 Millionen Euro pro Jahr und Ge-



meinde für angemessen. Für Martin Schmedtje geht es aber nicht allein um Geld, wie er betont. Er sagt, es gehe ihm um Verlässlichkeit der Politik – und um Fairness. „Hier zeigt sich sehr deutlich“, sagt der Bürgermeister mit Blick auf die Atommüll-Container am AKW Brunsbüttel, „dass die gesellschaftliche Verantwortung dafür, was wir mit den Überresten der atomaren Stromgewinnung machen, allein bei den Betreiberkommunen liegt – und das kann nicht sein“.

Eigentlich sollte in Gorleben die Lösung gefunden werden. Über viele Jahre wurde der unterirdische Gorlebener Salzstock als einziger Standort auf seine Eignung als Lagerstätte für den hoch radioaktiven Schrott geprüft. Unter dem Deckmantel der Erkundung entstand dabei ein fast fertiges Endlager.

Im Jahr 2020 dann flog der Salzstock aus dem neu aufgerollten Suchverfahren für ein Endlager. Aus geologischen Gründen, wie es hieß – diese hatten Kritiker allerdings schon vor 45 Jahren vorgebracht. Mitentscheidend für die Absage an ein Endlager in Gorleben war wohl eher der anhaltende Widerstand.

Das Erkundungsbergwerk, nur wenige hundert Meter entfernt vom derzeitigen Zwischenlager auf einer Lichtung gelegen, wird derzeit zurückgebaut. Nur ein Stück der das Areal umgeben-

den Mauer soll erhalten bleiben – als „Mahnmahl für eine verfehlte Atommüllpolitik“, wie Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Danzenberg sagt. Der Bau des Zwischenlagers begann am 26. Januar 1982.

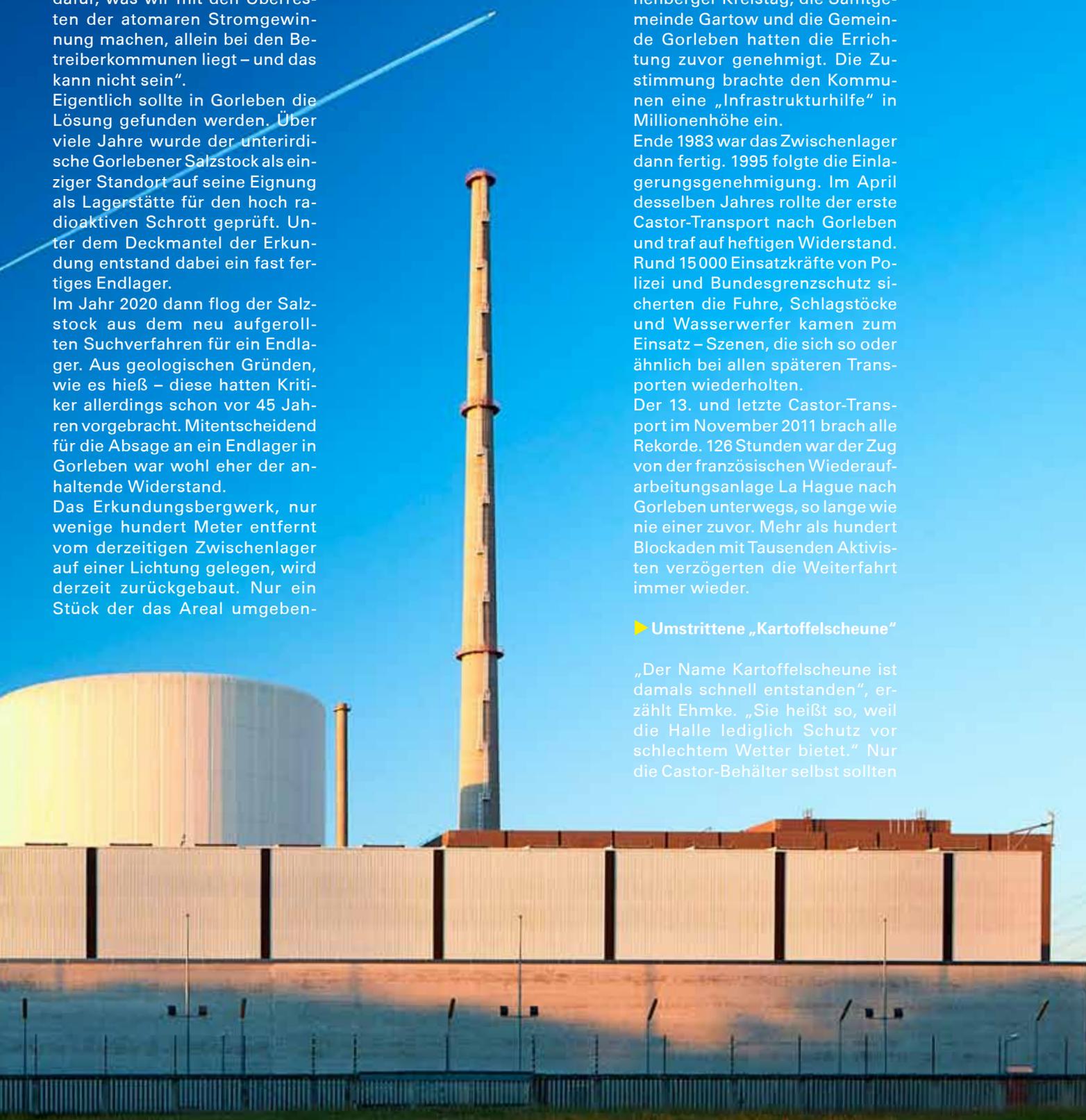
„Die Atomwirtschaft stand damals mächtig unter Druck, der Betrieb der Atomkraftwerke wurde an einen Entsorgungsnachweis gekoppelt“, erinnert sich Ehmke bei einem Rundgang um die Gorlebener Atomanlagen. Mit dem Baubeginn im Jahr 1982 war dieser Nachweis zumindest auf dem Papier erfüllt. Der Lüchow-Danzenberger Kreistag, die Samtgemeinde Gartow und die Gemeinde Gorleben hatten die Errichtung zuvor genehmigt. Die Zustimmung brachte den Kommunen eine „Infrastrukturhilfe“ in Millionenhöhe ein.

Ende 1983 war das Zwischenlager dann fertig. 1995 folgte die Einlagerungsgenehmigung. Im April desselben Jahres rollte der erste Castor-Transport nach Gorleben und traf auf heftigen Widerstand. Rund 15000 Einsatzkräfte von Polizei und Bundesgrenzschutz sicherten die Fuhre, Schlagstöcke und Wasserwerfer kamen zum Einsatz – Szenen, die sich so oder ähnlich bei allen späteren Transporten wiederholten.

Der 13. und letzte Castor-Transport im November 2011 brach alle Rekorde. 126 Stunden war der Zug von der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague nach Gorleben unterwegs, so lange wie nie einer zuvor. Mehr als hundert Blockaden mit Tausenden Aktivisten verzögerten die Weiterfahrt immer wieder.

► Umstrittene „Kartoffelscheune“

„Der Name Kartoffelscheune ist damals schnell entstanden“, erzählt Ehmke. „Sie heißt so, weil die Halle lediglich Schutz vor schlechtem Wetter bietet.“ Nur die Castor-Behälter selbst sollten



den Schutz vor der Strahlung oder vor Flugzeugabstürzen und Terroranschlägen garantieren. Die Wände der Zwischenlager-Halle seien zum Teil dünner als 50 Zentimeter. Immerhin soll jetzt, nach Jahrzehnten, eine neue und dann zehn Meter hohe Mauer um das Zwischenlager gebaut werden. Das Hauptproblem aber ist und bleibt: Die Betriebsgenehmigung für das Zwischenlager in Gorleben gilt lediglich für 40 Jahre. Sie läuft also im Jahr 2034 aus. Ein Endlager wird bis dahin aber nicht gefunden, geschweige denn betriebsbereit sein. Die *Bundesgesellschaft für Endlagerung* (BGE) geht aktuell davon aus, dass ein Standort womöglich erst bis 2068 feststeht. Bis das Lager gebaut und befüllt ist, werden weitere Jahrzehnte verstreichen. Die 113 Castoren mit heißem Atomschrott – einige verlieren in den kommenden Jahren ebenfalls ihre Zulassung – werden also bis auf Weiteres in Gorleben bleiben. Dasselbe gilt für die anderen 16 Zwischenlager für hoch radioaktiven Atommüll in Deutschland.

► **Nur für 40 Jahre genehmigt – eigentlich**

Außer den zentralen Lagerstätten

im niedersächsischen Gorleben und im westfälischen Ahaus wurden auch an den AKW-Standorten solche Anlagen hochgezogen. Im Norden Deutschlands – also in Brokdorf, Brunsbüttel und Krümmel in Schleswig-Holstein sowie in Esenshamm, Grohnde und Lingen in Niedersachsen. In den 2000er-Jahren errichtet und für 40 Jahre genehmigt, laufen die Genehmigungen an diesen Standorten 2046 oder 2047 aus. Ein Sonderfall ist Brunsbüttel, wo Bürgermeister Martin Schmedtje gerade für Ausgleichszahlungen trommelt: 2013 hob zuerst das Obergericht Schleswig und im Jahr 2015 dann auch das Bundesverwaltungsgericht die Betriebserlaubnis für das Zwischenlager auf. In der Urteilsbegründung des Bundesverwaltungsgerichts hieß es, die Unfallrisiken seien nicht im erforderlichen Umfang berücksichtigt worden.

Schleswig-Holsteins damaligen Umweltminister Robert Habeck (Grüne) focht das nicht an. Er ordnete an, die Lagerung des Atommülls erst mal weiter zu dulden. Bis heute gibt es für die 20 dort lagernden Castoren keine gültige Aufbewahrungsgenehmigung. Die zuständige bundeseigene *Gesellschaft für Zwischenlagerung* (BGZ) macht bislang keine sichtbaren Anstalten, neue Genehmigungen zu beantragen.

Sie beteuert immerhin, dass man sich auf eine

Zwischenlagerung deutlich über den bisher genehmigten Zeitraum von 40 Jahren vorbereite. Im Zuge der neu zu führenden Genehmigungsverfahren müssten noch viele technische Fragen beantwortet werden.

► **Bürgerinitiative nennt es „befremdlich“**

Die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg nennt es „befremdlich“, dass sich die geballte Kraft der ehemaligen Standortgemeinden auf Kompensationsleistungen richte und sie sich mit Blick auf die verlängerte Zwischenlagerung um bis zu 100 Jahre nicht in erster Linie um die Sicherheit und Sicherung dieser Anlagen sorgen. „Wir plädieren dafür, dass bei einer Verdoppelung der Laufzeiten es vorrangig um die Sicherheitsanforderungen geht, wie zum Beispiel die Alterung des Behältermaterials, neue Bedrohungsszenarien wie Drohnenangriffe oder Flugzeugabsturz – und nicht um Geld“, teilte BI-Sprecher Ehmke mit.

Physikerin Oda Becker hat im Auftrag des Naturschutzbundes BUND ein Gutachten zu den Problemen der verlängerten Atommüll-Zwischenlagerung vorgelegt. „Nirgendwo in der Welt gibt es bisher Erfahrungen mit einer Zwischenlagerzeit von mehr als 50 Jahren“, sagt sie. Ihr Fazit: Der Terrorschutz an den Anlagen ist unzureichend, Reparatur- und Inspektionsmöglichkeiten fehlen. Das Sicherheitskonzept müsse an die verlängerte Lagerdauer angepasst werden.

Wohin bloß mit dem Müll?

Mächtig Wellen geschlagen hat ein Brief des Landshuter Landrats Peter Dreier (Freie Wähler) an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Sein Vorschlag: Die 1900 Castorbehälter, die bundesweit an den ehemaligen AKW-Standorten – aber auch in Ahaus – lagern, sollten allesamt nach Gorleben transportiert werden, weil es einfacher sei, ein einziges Atommülllager als derer 16 zu bewachen. In Dreiers Landkreis liegt der ehemalige AKW-Standort Isar und das dazugehörige Zwischenlager *Bella* mit 152 Stellplätzen, von denen 88 belegt sind und dessen Betriebs-erlaubnis 2047 ausläuft. Zudem gebe es in Gorleben eine Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) für die Reparatur defekter Behälter, so Dreier.

Der niedersächsische Umweltminister Christian Meyer wies Dreiers Vorstoß empört zurück. Und auch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) verurteilte die Sankt Florianpolitik bayrischer Politiker: „Jahrzehntelang füllten die Gewerbesteuererinnahmen die kommunalen Kassen an den AKW-Standorten, doch mit dem Müll möchte man nichts zu tun haben, weder bei der Endlagersuche – in Bayern sei kein geeignetes Gestein – noch bei der Zwischenlagerung.“

Doch Dreier scheint nicht locker zu lassen. Die BI plädierte deshalb an die Landrätin in Lüchow-Dannenberg, Dagmar Schulz (parteilos), ihren Amtskollegen zu einem Besuch nach Gorleben einzuladen. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „Es scheint sich im Süden der Republik nicht herumgesprochen zu haben, dass die PKA abgerissen wird, weil ihr ursprünglicher Zweck, nämlich Castorbehälter zu entladen und hochradioaktive Abfälle in Endlagerbehälter umzuladen, seit 2020 obsolet ist.“ Damals war der Salzstock Gorleben-Rambow bei der Endlagersuche im ersten Vergleichsschritt wissenschaftsbasiert herausgefallen.“

Die bundeseigene *Gesellschaft für Zwischenlagerung* (BGZ) sieht vor, die veraltete PKA, die nie den heißen Betrieb aufnahm, aus dem Atomrecht zu entlassen, sobald eine neue Sicherheitswarte für

das Brennelementzwischenlager errichtet ist – die steckt aktuell noch im PKA-Gebäude.

Ehmke: „Wir sind strikt dagegen, Zwischenlagerstandorte gegeneinander auszuspielen, sondern möchten gemeinsam mit den anderen Standortinitiativen und -gemeinden im Rahmen der neuen Genehmigungsverfahren für ein Mehr an Sicherheit und Sicherung der Zwischenlager sorgen. Gorleben macht bekanntlich den Anfang, weil die Genehmigung bereits 2034 erlischt. Der Müll muss überall bleiben, wo er steht, um Transportrisiken auszuschließen.“

Immmerhin soll es nun eine Art „Begleitformat Zwischenlagerung“ geben: Am 8. Oktober fand der Workshop „Zwischenlagerung – Eine Stimme den Regionen!“ des *Planungsteams Forum Endlagersuche* (PFE) statt. Ziel des digitalen und öffentlichen Workshops war es, aus den betroffenen Zwischenlagergemeinden deren Bedarfe aufgrund der Auswirkungen der Zeitveränderungen in der Standortauswahl zu sammeln und an das BASE als Staffelstab zur weiteren Verarbeitung für ein Konzept „Beteiligung Zwischenlager“ zu übergeben.

Unterdessen wird sich die Endlagersuche wahrscheinlich bis zum Jahr 2074 verzögern. Zu diesem Schluss kommt das *Öko-Institut*, das im Auftrag des *Bundesamts für die Sicherheit nuklearer Entsorgung* (BASE) den Zeitplan der *Bundesgesellschaft für Endlagerung* (BGE) überprüfte.

Schon 2022 musste die BGE einräumen: Das Verfahren könnte insgesamt viel länger dauern als im Gesetz vorgesehen, bis 2031 sollte demnach ein Standort gefunden werden. Im besten Fall ging die BGE 2022 davon aus, bis 2046 einen Standort benennen zu können, im schlimmsten Fall erst 2068. Jetzt kommt das *Öko-Institut* zu dem Schluss, dass sich die Suche sogar noch länger verzögern kann.

„Für uns ist das keine große Überraschung, denn es gilt der Grundsatz Sorgfalt vor Eile“, kommentierte die BI Lüchow-Dannen-

berg. Mit der gravierenden Konsequenz, dass die Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle sich von 40 Jahren auf rund 100 Jahre verlängert. Mit all den sicherheitstechnischen Folgen, die eine verlängerte Zwischenlagerung mit sich bringt, werde man sich verstärkt auseinandersetzen müssen, merkte Sprecher Wolfgang Ehmke an. In Gorleben soll ein neues Genehmigungsverfahren bereits in zwei Jahren beginnen, die Castorhalle verliert bereits 2034 die Genehmigung.

Ehmke: „Doch die Verwunderung in unseren Reihen ist groß: Das BASE scheint das Gutachten zurückgehalten zu haben, während gleichzeitig immer wieder von der BGE eine Beschleunigung des Suchverfahrens angemahnt wurde.“

Wie dringlich die Fragen um die verlängerte Zwischenlagerung gelöst werden müssen, zeigt auch ein neuerlich anstehender Castortransport: Vier Behälter mit hochradioaktivem Abfall sollen noch in diesem Jahr von Frankreich ins Zwischenlager auf dem Gelände des ehemaligen Atomkraftwerks Philippsburg im Landkreis Karlsruhe gebracht werden. Das zuständige *Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung* (BASE) hat den Transport Mitte September genehmigt. Die in vier Castorbehältern verpackten Abfälle sollen mit einem Transport aus dem französischen La Hague nach Philippsburg gebracht werden. Damit würden, wie vertraglich vereinbart, die letzten Abfälle nach Deutschland zurückgebracht, die bei der Wiederaufarbeitung in England und Frankreich entstanden sind, so die *Gesellschaft für Nuklear-Service* (GNS). Sie ist für die Abwicklung verantwortlich.

Durch die Erteilung der Genehmigung könne das Unternehmen jetzt mit der konkreteren Planung und der Klärung mit den weiteren Beteiligten beginnen. Der Transport stehe nicht unmittelbar bevor, heißt es in der Mitteilung weiter. Aber es sei beabsichtigt, ihn möglichst noch vor Jahresende durchzuführen. Die genaue Transportstrecke und der Termin würden vorab nicht bekanntgegeben.



Bei der Finanzierung der Entsorgung hochradioaktiver Abfälle werden aber auch Transparenz- und Nachhaltigkeitsziele nicht umfassend eingehalten. Von Achim Brunnengräber, Politikwissenschaftler an der FU Berlin

► **Das Zeitalter** der Atomkraft in Deutschland ist längst noch nicht vorbei. Zwar wurde unter die jahrzehntelange Stromerzeugung in Atomkraftwerken (AKW) Ende April 2023 ein Schlussstrich gezogen. Aber so wie die Atomkraft selbst stets von Problemen und gesellschaftlichen Konflikten begleitet wurde, werden auch die Aufräumarbeiten nicht problemlos über die Bühne gehen. Sie werden von erheblichen Ungewissheiten begleitet.

Das betrifft auch die Finanzierung der Zwischen- und Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle; obwohl doch alles durchdacht schien. Die Verantwortung für die Entsorgung in einem Endlager ging 2017 per Gesetz von den Betreibern der AKW an den Staat über. Die Betreiber transferierten dafür 24,1 Milliarden Euro in den ersten deutschen Staatsfonds, den *Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung*, kurz KENFO. Dieser wird von einer öffentlich-rechtlichen Stiftung verwaltet, die nach den Vorstellungen von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) auch für die Verwaltung und Geldanlage der sogenannten Aktienrente ins Spiel gebracht wurde.

Das ARD-Magazin *Report Mainz* veröffentlichte vor gut einem Jahr die Zahlen aus dem KENFO-Jahresbericht 2022. In den Jahren 2020 und 2021 wurde noch ein kräftiger Anstieg oder ein deutliches Plus verkündet. Diesmal musste die Stiftung allerdings einen Wertverlust in Höhe von 3,1 Milliarden Euro verbuchen, ein Minus von 12,2 Prozent ge-

genüber dem Vorjahr. Aber nicht nur die Finanzgrundlage der Zwischen- und Endlagerung kommt dadurch in eine erste Schieflage, auch die Transparenz- und Nachhaltigkeitsziele des Fonds werden nicht eingehalten. (2023 wurden allerdings wieder positive Zahlen erwirtschaftet (+11,1%). *Anm. d. Red.*)

► **Wirtschaftliche Ungewissheiten**

Die Standortsuche für ein Endlager für die hochradioaktiven Abfälle, die derzeit in 1900 Castoren zwischengelagert werden, verzögert sich erheblich. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) teilte Ende 2022 mit, dass das ursprünglich angepeilte Jahr 2031 nicht haltbar sei. Nach der neuen Planung könnte es bis 2068 oder gar 2074 dauern, bis ein Standort gefunden ist. Die Einlagerung der Atomabfälle wird demzufolge bis weit ins nächste Jahrhundert dauern.

Die Laufzeit des KENFO, die auf 80 Jahre terminiert wurde, muss dementsprechend korrigiert werden. Zudem hat die zeitliche Verschiebung unmittelbare Auswirkungen auf die Finanzierung. Denn die Zwischenlagerung der hochradioaktiven Abfälle kann, so die Entsorgungskommission, theoretisch auch 120 Jahre dauern. Sie wird dadurch teurer; inflationsbedingt auch der Bau des Endlagers und die Behälter zur Einlagerung.

Aber auch ohne diese zeitliche Streckung sind die Ungewissheiten groß. Die Stiftung investiert seit 2017 an den Finanzmärkten in

Aktien, illiquide Anlagen sowie in Unternehmens- und Staatsanleihen. Derzeit sollen es 9000 Einzelwerte sein, die in mehr als 90 Ländern investiert werden. Ziel ist es, das ursprüngliche Kapital zu vermehren; und zwar auf 169,8 Milliarden bis 2099. So hat es die Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs 2016 verkündet.

Allerdings gründet die Anlagestrategie auf ungewissen Einschätzungen hinsichtlich der Zukunft der Finanzmärkte. Sie ist an ein stetiges Wachstum und eine erfolgreiche Verzinsung gekoppelt. Das allgemeine Preisniveau – etwa für zentrale Rohstoffe, die zum Bau des Endlagers oder der Endlagerbehälter benötigt werden – darf nicht über das zugrunde gelegte niedrige Inflationsniveau von jährlich 1,6 Prozent hinaus gehen. Außerdem soll der KENFO eine notwendige Rendite von über 3 Prozent pro Jahr nach Abzug der Inflation erwirtschaften.

Mit der weltweiten Corona-Pandemie oder der kriegsbedingten, hohen Inflation von annähernd 8 Prozent im Jahr 2022 wurde nicht gerechnet. Das von der Stiftung in den Jahren zuvor verkündete Übersteigen von Renditezielen wurde auch von der Inflation „aufgefressen“. Die globale wirtschaftliche Konjunkturentwicklung in einer nur kurzen Zeitspanne macht bereits deutlich, wie schnell allzu optimistische Annahmen obsolet werden können. Die Stiftung ist aber noch mit anderen Problemen konfrontiert, die aus ihrem Anspruch auf demokratische Kontrolle, Trans-

parenz und Nachhaltigkeit resultieren.

► Mangelnde Transparenz

Laut dem Standortauswahlgesetz von 2017 sind die demokratische Mitgestaltung durch Bürgerinnen und Bürger sowie Transparenz Grundprinzipien der Endlagersuche. Allerdings hat sich Deutschland mit dem ersten Staatsfonds nicht der gezielten Beteiligungen an einzelnen Konzernen verschrieben, wie beim Staatseinstieg bei der Lufthansa während der Corona-Pandemie, sondern der Risikoverteilung und Renditeerwirtschaftung.

Der Effekt staatlichen Investments ist somit nicht mehr der einer lenkenden Wirkung oder einer notwendigen Investition in eine Schlüsselbranche. Stattdessen macht sich der Staat und seine Politik von Dynamiken an den Finanzmärkten abhängig. Erfolg und Misserfolg der globalen Finanzmärkte werden zu Erfolg und Misserfolg des nationalen Projektes der Zwischen- und Endlagerung.

Zudem ist der KENFO in seinen Strukturen einem privaten Investmentfonds nicht unähnlich. Die Vermögensverwaltung wird unternehmerisch durch eine Geschäftsführung geleitet und zum Teil an verschiedene private, selbstständig tätige Vermögensverwalter ausgelagert. Dadurch wird die staatliche Kontrolle zumindest schwierig.

Hinzu kommt ein Mangel an Transparenz, der von der Stiftung ausgeht. So wurde auch auf Nachfrage zunächst nicht veröffentlicht, in welche Unternehmen oder Staaten konkret investiert wird. Im Februar 2022 forderte ein Nutzer des Onlineportals *Frag den Staat* die Stiftung auf, die Investments öffentlich zu machen. Die daraus resultierende Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz zwang die Stiftung dazu, eine Liste der Investments zu veröffentlichen. Nun soll jährlich veröffentlicht werden, welche Staatsanleihen, Unternehmensanteile oder sonstige Anlagen der Fonds hält. Eine vollumfängliche Transparenz ist dadurch allerdings noch nicht gewährleistet. So investiert der Fonds etwa einen Teil seiner Mittel in Produkte der amerikanischen Investmentgesellschaft *BlackRock*, die erst aufgeschlüs-

selt werden müssten, um über die Qualität der Investments urteilen zu können. Die Wichtigkeit von Transparenz und demokratischer Kontrolle bei Investitionsentscheidungen zeigt sich schließlich vor allem im Umgang mit Nachhaltigkeitskriterien.

► Verfehlte Nachhaltigkeit

Die Nachhaltigkeitskriterien des Fonds klingen ambitioniert. Anvisiert wird die Einhaltung von Menschenrechten und internationalen Arbeitsnormen, die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards oder die Bekämpfung von Korruption. Die Investitionen sollen sich außerdem am Übereinkommen von Paris orientieren, nach dem die globale Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzt werden soll. Bis spätestens 2050 will das Portfolio des KENFO klimaneutral sein.

Konkret werden drei Vorgaben gemacht. Zunächst soll nur in die nachhaltigsten 75 Prozent der Unternehmen einer Branche investiert werden. In das am wenigsten nachhaltige Viertel der Unternehmen einer Branche darf der Fonds allerdings auch investieren – unter der Voraussetzung, dass diese „Fortschritte im Bereich der Nachhaltigkeit zeigen“. Eine Differenzierung zwischen umweltfreundlichen und umweltschädlichen Branchen erfolgt aber nicht. Ein Problem ist darüber hinaus, dass sich die Finanzmanager, an die die Vermögensverwaltung ausgelagert wird, eigenständig Ratingagenturen aussuchen können. In der Folge sind die Nachhaltigkeitsprinzipien uneinheitlich, was eine Bewertung der Nachhaltigkeitsstrategien schwer macht. An anderer Stelle spielen sie gar keine Rolle. Nach einer Berechnung des WDR hat der Fonds 2020 757,9 Millionen Euro in Öl- und Gasunternehmen investiert. Ende 2021 besaß KENFO auch Anteile an Ölkonzernen wie *BP* und *Shell*. Mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wurde er wegen der Beteiligung an russischen Finanz- und Energieunternehmen kritisiert; etwa wegen der Investitionen in den russischen Ölkonzern *Lukoil* oder die *Sberbank*.

Die Vorstandsvorsitzende des KENFO, Anja Mikus, hält Investitionen in Unternehmen mit einem signifikanten CO₂-Ausstoß für transformationsfördernder

als Investitionen etwa nur in Solarparks, die schon klimaneutral sind, so in einem Interview 2019. Hier zeigt sich, dass eine finanzmarktbasierende Strategie, die die Mittel für die Zwischen- und Endlagerung zu vermehren versucht und gleichzeitig Nachhaltigkeit wie Klimaschutz zu Leitprinzipien erhebt, Zielkonflikte hervorruft. Mit anderen Worten: Der Renditedruck auf die Investitionen wirkt sich negativ auf Nachhaltigkeitsziele aus. Einerseits soll die größtmögliche Rendite kommerzieller Investments die finanzielle Absicherung der Zwischen- und Endlagerung der Atomabfälle gewährleisten. Andererseits leisten sie entgegen anders lautender Versprechungen keinen umfassenden Beitrag zu einer sozialökologischen Transformation zur Nachhaltigkeit, wie es der Auftrag der Stiftung ist und in der Anlageleitlinie auch entsprechend formuliert wird.

► Wer zahlt bei Mehrausgaben?

Aber noch ein zukünftiges Dilemma wird auf den KENFO zukommen: Der Staatsfonds ist mit seinen Mitteln getrennt vom Bundeshaushalt. So soll sichergestellt werden, dass die Mittel auch tatsächlich zweckdienlich für die Zwischen- und Endlagerung verwendet werden. Die zentrale Idee des Staatsfonds ist schließlich, dass keine zusätzlichen Kosten auf die Gesellschaft und die uns nachfolgenden Generationen zukommen.

Folglich wird es schwierig, die Finanzmittel aufzustocken, sollte der eingeschlagene Entsorgungspfad dies erforderlich machen. Alle Erfahrungen zeigen, dass Nuklearbauten stets teurer werden als geplant. Dann dürften Debatten bevorstehen, woher die Finanzmittel kommen sollen. Wie so oft werden wohl die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die Aufräumarbeiten im Atomzeitalter aufkommen müssen; die AKW-Betreiber wurden gesetzlich davon befreit.

► Hinweis

Der ausführliche Bericht über den KENFO, der zusammen mit Jan Sieveking erstellt wurde, ist diesem Sammelband zu entnehmen: Eckhardt, Anne; Seidel, Roman; Becker, Frank; Mintzloff, Volker; Scheer, Dirk (2023): *Entscheidungen in die weiße Zukunft. Ungewissheiten bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle*, Wiesbaden: Springer VS

Bestandsaufnahme Atommüll

Das Portal *Atommüllreport* der *Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD* und anderer Umweltorganisationen und Initiativen hat das Werk „Atommüll – Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland“ von 2013 aktualisiert und völlig überarbeitet. Im Oktober wird die neue Bestandsaufnahme veröffentlicht. **Andreas Conradt sprach mit Co-Autorin Ursula Schönberger.**



► **Frau Schönberger, mit welcher Intention ist der *Atommüllreport* einst entstanden?**

Wir wollten wissen, wo Atommüll produziert worden ist oder produziert wird, wo er lagert, wohin er transportiert worden ist und welche Probleme es an den einzelnen Standorten gibt. Das unterscheidet uns von den eigentlich Verantwortlichen in Bund und Ländern, die am liebsten so lange wegschauen, bis sich das gar nicht mehr vermeiden lässt.

► **Warum brauchte es eine aktualisierte Auflage? Was kann sich denn überhaupt geändert haben?**

Die erste Auflage von 2013 wurde in nur sechs Monaten zusammengestellt und gewissermaßen mit heißer Nadel gestrickt. Jetzt,

elf Jahre später, konnten wir viel mehr Wissen einfließen lassen – und es hat dann auch mal drei Jahre gebraucht, alle Fakten zusammenzutragen. Aber auch in Zukunft wird es Änderungen geben: Castoren werden von hier nach dort transportiert, Genehmigungen laufen aus, Verfahren ändern sich.

► **Also arbeiten Sie schon jetzt für eine abermals aktualisierte Version?**

Ja und Nein. Die zweite Ausgabe wird die letzte sein, die in gedruckter Form erscheint. Das hat zum einen personelle Gründe, aber auch das Konsumverhalten hat sich ja geändert. Künftige Änderungen werden nur noch auf der Website *atommuellreport.de* aktualisiert. Der erste Report ist noch in einer Auflage von 2000 Stück erschienen, bei der zweiten Auflage starten wir mal mit 200 Exemplaren – und drucken danach on demand.

► **Wie umfangreich muss man sich ein Kompendium über Atommüll vorstellen?**

Auf 464 Seiten werden 216 Anlagen an 71 Standorten in Deutschland beschrieben, davon elf Standorte des Uranbergbaus, 84 Atomanlagen in Betrieb, 56 stillgelegt oder bereits im Rückbau. 54 Atomanlagen wurden bereits aus dem Atomgesetz entlassen, manche davon vollständig zurückgebaut, bei anderen gibt es trotz Rückbau weiterhin Nutzungseinschränkungen beziehungsweise Baustrukturen am Standort. Elf Atomanlagen – nämlich neun Zwischenlager, eine Konditionie-

rungsanlage und ein tiefeingeologisches Lager – befinden sich im Bau oder sind beantragt.

► **Welchen Zweck verfolgen Sie mit der Veröffentlichung?**

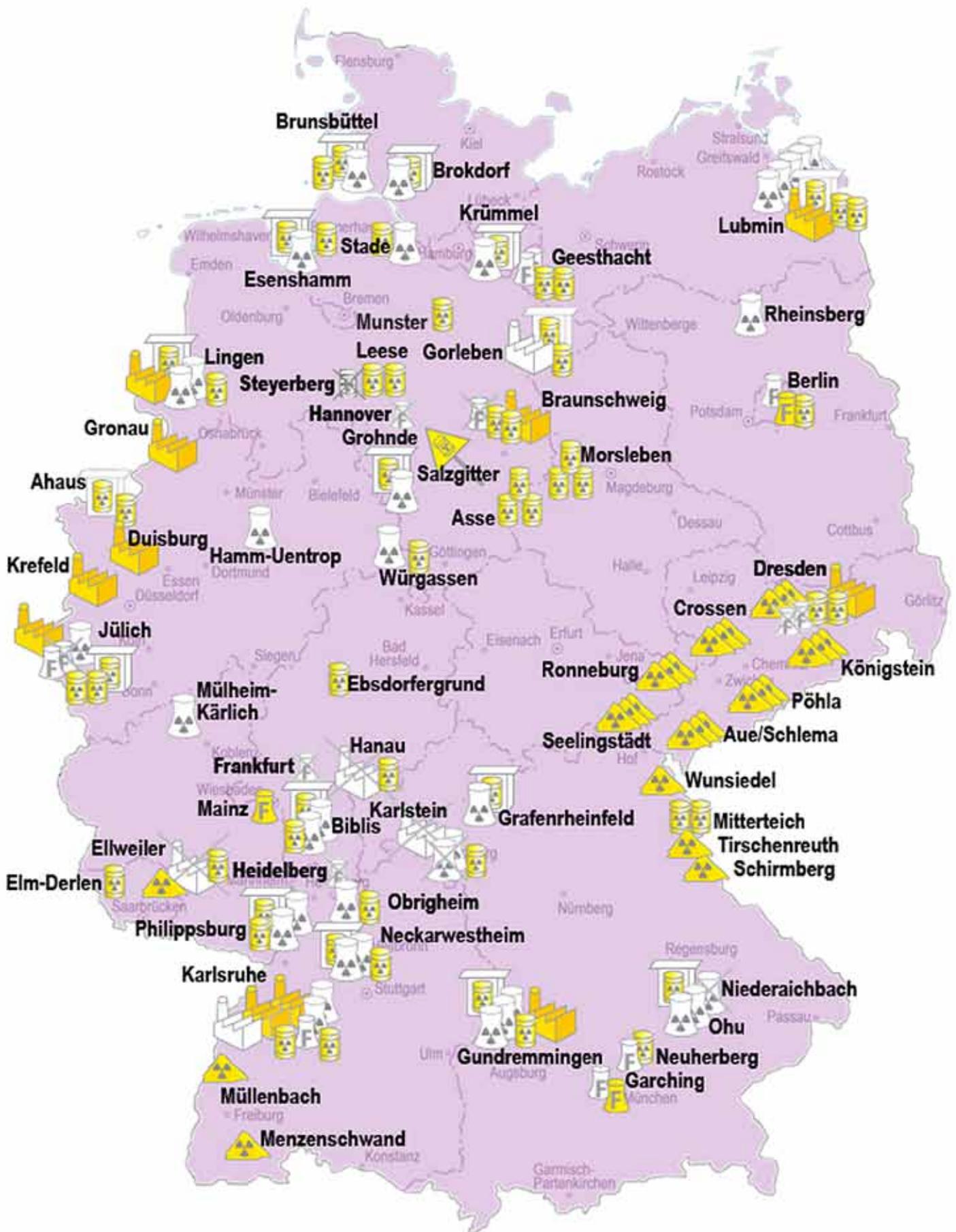
Aufgabe dieser Bestandsaufnahme ist es, die Flickschusterei beim Umgang mit dem Atommüll aufzuzeigen und damit einen Beitrag für eine konzeptionelle, sorgsame und sichere Lagerung zu leisten. Wer über eine Million Jahre Sicherheit beim Umgang mit dem Atommüll reden will, der muss zunächst nachweisen, dass er die Probleme im Hier und Jetzt ernst nimmt, damit seriös umgehen kann und dies auch tut.

► **An wen richtet sich der *Atommüllreport*?**

Bei der vorangegangenen Auflage kam die erste Bestellung aus dem Kanzleramt, dann folgte das Bundesumweltministerium. Ansonsten sind Beschäftigte im Nuklearbereich, Journalisten und die Anti-Atom-Bewegung interessierte Leser:innen. Die vorliegende Bestandsaufnahme soll also als Nachschlagewerk dienen, eignet sich aber auch einfach zum Schmökern. Nach der Veröffentlichung der ersten Auflage schrieb ein Leser: „Kaum zu glauben, aber das liest sich ja teilweise wie ein Krimi.“

► **Hinweis**

Atommüll – Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland, Buch 464 Seiten, Hardcover mit Beilage (Standorte-Plakat A1, beidseitig bedruckt), 30,- Euro. Erscheinungstermin: Oktober 2024. Zu bestellen beim Atommüllreport: info@atommuellreport.de oder im Internet unter www.atommuellreport.de



	AKW in Betrieb		Standortzwischenlager für abgebrannte Brennelemente		Atomfabrik in Betrieb		Forschungsreaktor in Betrieb
	AKW außer Betrieb		Zentrale Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente		Atomfabrik außer Betrieb		Forschungsreaktor außer Betrieb
	AKW abgebrochen		Zwischenlager für schwach-/mittelradioaktiven Müll (LAW/MAM)		Atomfabrik abgebrochen		Forschungsreaktor abgebrochen
	Unerhalten und Teilings		Havarierte Lager ASSE II und Morsleben		Deplante Lager Gorleben und Schacht KONRAD		Landessammelstelle stillgelegt

Public Relation statt Mitwirkung

Bis die *Bundesgesellschaft für Endlagerung* einen Vorschlag für Standortregionen für ein Atommülllager veröffentlicht, wird das *Forum Endlagersuche* etwa jährlich stattfinden. Eine Möglichkeit, auf das Verfahren Einfluss zu nehmen, gibt es dabei aber nicht.



Das 3. **Forum Endlagersuche** findet am 22. und 23. November im *Vogel Convention Center* (VCC) in Würzburg statt. Auch eine Online-Teilnahme ist möglich.

In beiden Fällen ist eine Anmeldung erforderlich unter endlagersuche-infoplattform.de. Anmeldeschluss für eine Präsenz-Teilnahme ist der 15. November, für die Online-Teilnahme bis zum Beginn der Veranstaltung.

Für die **digitalen Forumstage** vom 14. bis zum 25. Oktober ist keine Anmeldung erforderlich. Die Links zur digitalen Teilnahme über Zoom werden vor Beginn der Veranstaltungsreihe auf endlagersuche-infoplattform.de veröffentlicht.

Zu Beginn des aktuellen Stadiums der Suche nach dem bestgeeigneten Standort für ein Atommülllager hatte die *Bundesgesellschaft für Endlagerung* (BGE) Gebieten von etwa der Hälfte der bundesdeutschen Fläche günstige geologische Voraussetzungen attestiert. Ziel in der aktuellen Phase ist es, die großen Flächen auf wenige Regionen einzugrenzen. In diesen sollen später vertiefende Untersuchungen stattfinden.

Darüber, wie die Vorhabenträgerin BGE bis zum Start der in der nächsten Phase folgenden Regionalkonferenzen arbeitet und welche Entwicklungen es gibt, soll die Öffentlichkeit im seit 2022 jährlich stattfindenden *Forum Endlagersuche* informiert werden.

Doch dieses reine Informationsangebot ohne Möglichkeit der Einflussnahme auf das Verfahren hat ein breites Bündnis der Anti-Atom-Organisationen von Anfang an kritisiert. „Das Veranstaltungsformat suggeriert Beteiligung, aber durch das Mauern des *Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung* in der Frage, wie in dieser Phase der Endlagersuche Beteiligung so gestaltet wird, dass die Beratungsergebnisse von der BGE auch berücksichtigt werden müssen, verkümmert das *Forum Endlagersuche* zu einer hübsch dekorierten Möglich-

keit der Information für Interessierte“, sagt zum Beispiel Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI). „Da waren wir 2020 schon ein Stück weiter, denn für die Debatte des *Zwischenberichts Teilgebiete* war Mitsprache im Standortauswahlgesetz zumindest verankert.“

Das diesjährige *Forum Endlagersuche* findet am 22. und 23. November live in Würzburg und auch online statt. Im Vorfeld der beiden Veranstaltungstage gibt es vom 14. bis zum 25. Oktober die Online-Veranstaltungsreihe der *Forumstage*. Die digitale Antragsberatung der beim *Forum Endlagersuche* im November eingereichten Anträge erfolgt am 5. Dezember.

„Das einzig Interessante ist das Panel zum Umgang mit den schwach- und mittelaktiven Abfällen bei den *Forumstagen* am Freitag, den 25. Oktober. Dafür hat die BI hart gearbeitet“, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Und dann allenfalls noch der Auftritt der BGE in der AG5 des eigentlichen Forums am 23. November um 10.45 Uhr. „Dort wird nämlich klar, welche der 90 Teilgebiete wahrscheinlich rausfallen. Bis 2027 ist dann noch ein weiter Weg, wenn am Ende nur noch sechs bis acht Regionen übrigbleiben, die obertägig zu erkunden wären.“

Fachtagung Nuklearer Fallout

Am Freitag, dem 25. Oktober, veranstaltet das Fachportal *Atomwülfreport* eine Tagung in Hannover zu den ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen des zivilmilitärischen Atomkomplexes.

Deutschland hat vor 50 Jahren – wie fast alle Staaten – den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. Eine Unterzeichnung des neuen Atomwaffenverbotsvertrags, der im letzten Jahre in Kraft getreten ist, lehnt die Bundesregierung jedoch ab. Ziel dieser neuerlichen Vereinbarung, die bisher 90 Staaten unterzeichnet haben, ist eine gänzliche Abschaffung aller Atomwaffen. Stattdessen hält die Bundesregierung explizit an der „nuklearen Teilhabe“, also der direkten Beteiligung Deutschlands bei einem Einsatz von Atomwaffen, fest.

Doch die zivile und die militärische Nutzung der Atomenergie sind zwei Seiten derselben Medaille. Der französische Präsident Macron sagte bei seinem Besuch in der Atomschmiede Le Creusot im Jahr 2020: „Ohne zivile Atomenergie gibt es keine militärische Nutzung der Technologie – und ohne die militärische Nutzung gibt es auch keine zivile Atomenergie.“

Der Atomwülfreport der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD will mit einer Fachtagung Ende Oktober die Zusammenhänge vertiefend betrachten und die sozialen Auswirkungen vor allem auf den globalen Süden thematisieren. Denn in einer postkolonialen Welt entzieht sich die Kontamination der natürlichen Lebensgrundlagen durch Uranförderung oder Atomwaffentests allzu oft der öffentlichen Wahrnehmung und wird als hinzunehmender Kollateralschaden ignoriert. Nicht zuletzt, so die Veranstalter:innen, stelle sich die Frage nach dem Umgang mit dem bei der Abrüstung von Atomwaffen entstehenden Atomwülf.

**Fachtagung
Nuklearer
Fallout**

**Ökologische, ökonomische
und soziale Auswirkungen des
zivil-militärischen Atomkomplexes**

Freitag, 25.10.24 | 11-16.30 Uhr
Raschplatzpavillon Hannover
Weitere Infos & Anmeldung: atomwülfreport.de

11.00 Uhr Begrüßung

11.15 - 11.35 Keynote: Was hat Deutschland mit Atomwaffen zu tun?
Dr. Angelika Claußen (Ärztin | IPPNW)

11.35 - 13.00 Die Dualität von militärischer und ziviler Nutzung der Atomkraft
(12.15 - 13.00 Diskussion)
Dr. Christoph Pistner (Physiker | Öko-Institut)
Dr. Wolfgang Irrek (Ökonom | Hochschule Ruhr-West)

13.00 - 13.45 Mittagspause

13.45 - 15.15 Ontologie des Nuklearen – Kontamination, Müll, Wertstoff?
(14.30 - 15.15 Diskussion)
Patrick Schukalla (Geograph | IPPNW)
Juliane Hauschulz (Politologin | IPPNW, ICAN)

15.15 - 15.45 Kaffeepause

15.45 - 16.30 Forschung zur Abrüstung – wie gehen wir mit dem spaltbaren Material um?
Dr. S. Kretschmar (Physikerin RWTH Aachen | Nuclear Verification & Disarmament Group)



152 Castor-Transporte

Weil der Neubau eines Zwischenlagers am Forschungszentrum in Jülich zu teuer würde, könnte es zu unzähligen Transporten quer durch Nordrhein-Westfalen nach Ahaus kommen. Ein Text der BI *Kein Atommüll in Ahaus*

Das *Forschungszentrum Jülich* (FZJ) und seine nukleare Entsorgungsgesellschaft (JEN) wollen die Verantwortung für ihren Atommüll loswerden. Es geht um rund 300 000 abgebrannte Kugelbrennelemente (Kugel-BE) aus dem stillgelegten Versuchsreaktor AVR. Diese befinden sich in 152 Castor-Behältern in einem veralteten Zwischenlager auf dem AVR-Gelände. Seit 2013 ist dieses Lager ohne Genehmigung, seitdem haben die Verantwortlichen aber keine ernsthaften Schritte für einen Zwischenlager-Neubau am Ort unternommen. Dabei werden sie von der Bundesregierung unterstützt. Stattdessen soll der Atommüll in 152 Straßen-Transporten von Jülich nach Ahaus abgeschoben werden, weil dies kostengünstiger sei. „Fragwürdig ist nicht nur die dahinterstehende Kostenrechnung“, so die Bürgerinitiative *Kein Atommüll in Ahaus*, „sondern vor allem die Tatsache, dass hier Sicherheitsfragen hinter Kostenüberlegungen zurückgestellt werden.“

► Massive Probleme bei Testfahrten im November

Im Vorfeld der heißen Fahrten hatten bereits im November letz-

ten Jahres drei Testfahrten ohne Atommüll stattgefunden: Mit einem 130 Tonnen schweren Transportfahrzeug quer durch Nordrhein-Westfalen, durch Duisburger Stadtgebiet und begleitet von riesigen Polizeiaufgeboten. Wie inzwischen bekannt wurde, gab es dabei massive Probleme im Bereich des Autobahnkreuzes Duisburg-Kaiserberg: Das Transportfahrzeug verlor den Kontakt zu den vorausfahrenden Begleitfahrzeugen und verpasste so den vorgesehenen Übergang von der A 3 auf die A 40. Der Verkehr auf der A 3 musste gestoppt werden, damit der Transporter rückwärts bis zur Abfahrt zur A 40 fahren konnte. Mindestens zeitweise war der Transporter damit auch nicht durch Begleitfahrzeuge abgeschirmt und gesichert.

► Atomaufsicht: Nicht unser Problem!

Die Atomaufsicht war in die Probetransporte nicht involviert, da sie noch ohne radioaktives Material durchgeführt wurden. Erst nach monatelangem Drängen von Bürgerinitiativen hat die Behörde schließlich Informationen des Innenministeriums über die Pannen im Autobahnkreuz Kai-

serberg eingeholt. Konsequenzen hatte das bisher nicht. Stattdessen lässt das Innenministerium verlauten, es sehe keine Gefahrensituation in dem Vorfall, die „kurzfristigen Verkehrslenkungsmaßnahmen“ seien von der Polizei routinemäßig abgesichert worden. Über die zeitweilige Unterbrechung der Absicherung des Transports durch die Begleitfahrzeuge schweigt der Innenminister. Noch im Juli 2024 gab sich das *Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung* (BASE) – immerhin Genehmigungsbehörde für die beantragten Transporte – ahnungslos und wollte keinerlei Kenntnisse von den Vorfällen im November haben!

► BI fordert: Sofort umdenken

„Es wird Zeit für eine Umkehr“, so die BI in Ahaus. „Atommüll-Verschiebung löst keine Probleme! Wir fordern stattdessen den Verzicht auf Castor-Transporte durch NRW und den Neubau einer Lagerhalle in Jülich, die aktuellen Sicherheitsanforderungen entspricht!“ Bis dahin müsse das bestehende Lager in Jülich durch BASE und NRW-Atomaufsicht befristet weiter genehmigt werden.

Dr. Michael Sladek: EWS-Mitgründer verstorben

Stromrebell und Mitbegründer der Energiewerke Schönau, Dr. Michael Sladek, ist am 24. September nach schwerer Krankheit in Schönau im Schwarzwald gestorben.

Sein Bild hat sich uns allen eingebrannt: die wilde Frisur und der lange Bart, die kräftige Statur, die mitreißende Stimme, sein ansteckendes Lachen und vor allem der wache und kampfeslustige Blick, in dem alles aufblitzte, was ihn ausmachte. Er wollte etwas bewegen. Aus der Ohnmacht ins Handeln zu kommen und zwar für die Menschen – das war seine Maxime und sein Lebenselixier.

Dass für Mensch und Umwelt grundlegende Veränderungen notwendig waren, hat ihn die Atomkatastrophe von Tschernobyl 1986 gelehrt. Damals entschied er und seine Frau Ursula, gemeinsam mit anderen aktiv zu werden und einen Beitrag zu leisten, um kommenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Daraus entstand für Michael Sladek eine lebenslange Zielsetzung und Leidenschaft. Seine ganze Schaffenskraft und unbändige Energie flossen in den Aufbau einer ökologischen, dezentralen und bürgereigenen Energieversorgung.

Veränderungen begeistert, tatkräftig und zuweilen unkonventionell anzugehen – das hat ihn besonders ausgezeichnet. Und sein Vorbild hat viele Menschen inspiriert, selbst ins Handeln zu kommen.

Dabei war dieser Weg keineswegs vorgezeichnet. Sladek wurde 1946 im schwäbischen Murrhardt geboren und studierte in Freiburg im Breisgau Medizin. Mit seiner Frau Ursula und damals drei Kindern, zwei weitere wurden in Schönau geboren, ließ er sich 1977 als Facharzt für Allgemeinmedizin in der Stadt Schönau im Schwarzwald nieder. Nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl haben Michael Sladek und seine Frau gemeinsam mit anderen Schönauer Bürgerinnen und Bürgern die Schönauer Energieinitia-



tive gegründet, um sich aktiv gegen Atomkraft und für eine menschen- und umweltfreundliche Energieversorgung einzusetzen. Die Maxime für sie war, nicht auf Politik und Konzerne zu warten, sondern selbst die Probleme anzugehen. So organisierten sie Infostände und Energiesparwettbewerbe, installierten Solaranlagen und reaktivierten kleine Wasserkraftwerke. Da der damalige Energieversorger, damals noch Monopolist, das Vorgehen der Initiative nicht mittragen wollte, entschloss man sich, das Schönauer Stromnetz selbst zu übernehmen, um es unabhängig von Atomstrom zu gestalten. 1997 konnten die von den Mitgliedern der Bürgerinitiative gegründeten Elektrizitätswerke Schönau (EWS) nach langjährigen Auseinandersetzungen und zwei gewonnenen Bürgerentscheiden das Schönauer Stromnetz übernehmen und in den folgenden Jahren einen bundesweit aktiven ökologischen und genossenschaftlich organisierten Energieversorger aufbauen.

Ihr unermüdliches und leidenschaftliches Engagement machten Michael Sladek und die Schönauer Bürgerinitiative bundesweit als Stromrebell bekannt. Er ermutigte und unterstützte viele Menschen und Initiativen in ganz Deutschland dabei, sich selbst aktiv für eine bürgereigene und klimafreundliche Energieversorgung einzusetzen. Michael Sladek war ein wortgewaltiger Atom-

kraftgegner, ein passionierter Klimaschutzler und national wie international eine der prägendsten Persönlichkeiten der Bürgerenergiebewegung. Dabei war es für ihn immer unverzichtbar, im engen Kontakt mit Mitstreitern und auch mit Gegnern zu sein. Sein Händedruck und unkonventionelles Auftreten waren geliebt und gefürchtet, seine herzlichen Umarmungen blieben im Gedächtnis. Michael Sladek war ein Freund von klaren Positionen. Er schätzte den konstruktiven Streit und scheute auch emotionale Debatten nicht. Mit seinem einzigartigen Engagement trug er wesentlich dazu bei, dass seine Ideen in unserer Gesellschaft nach und nach Fuß fassten.

„Der Doktor“, wie er auch liebevoll genannt wurde, war bis zuletzt in vielfältigster Weise für den Klimaschutz und das Gelingen der bürgergetragenen Energiewende aktiv - lokal und bundesweit. Zuhause in Schönau engagierte sich Michael Sladek viele Jahre für die Freien Wähler als Mitglied des örtlichen Stadtrates. Trotz seines vielfältigen Engagements hat er niemals seine Arbeit als Arzt aufgegeben. Er erfüllte auch diese Aufgabe mit großer Hingabe. Für seine Patientinnen und Patienten war er mehr als ein Arzt. Er stand ihnen mit persönlichem Rat und herzlicher Zuneigung zur Seite. Bei allem, was er tat, stand für Michael Sladek der Mensch immer im Mittelpunkt.



„Putin lässt man da nicht ran!“

Der Einstieg des russischen Staatskonzerns *Rosatom* in die Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen könnte Deutschland und Europa unsicherer machen. Von Andreas Conradt

Auch nach dem Abschalten der letzten deutschen AKW produzieren deutsche Atomanlagen für den internationalen Markt weiter. Die Brennelementefabrik im emsländischen Lingen möchte ihre Produktion sogar erweitern und in Zukunft auch Brennstoff für osteuropäische AKW herstellen – in Lizenz und mit direkter Mitwirkung des russischen Staatskonzerns *Rosatom*. Oder hat diese Kooperation bereits begonnen? Anlass für diese Vermutung war erneut die auf den einschlägigen Marine-Websites angekündigte Ankunft des russischen Uranschiffs *Baltiyskiy-202* im Hafen von Rotterdam im August. Dieser dient als Umschlagplatz für russisches Uran, das ungeachtet des russischen Angriffs auf die Ukraine regelmäßig zur

Brennelementefabrik Lingen im niedersächsischen Emsland geliefert wird. Zugleich werden über Rotterdam Lingener Brennstäbe via Russland nach Kasachstan exportiert. Die Urantransporte sind Teil einer Kooperation des französischen Atomkonzerns *Framatome* mit dem russischen Atomkonzern *Rosatom*, die nach dem Willen beider Seiten deutlich ausgebaut werden soll. Unmittelbar neben der Brennelementefabrik hat *Framatome* bereits im Frühjahr ohne jede Genehmigung, aber in Zusammenarbeit mit *Rosatom*-Spezialisten, neue Brennelement-Produktionsanlagen aufgebaut. Dort will *Framatome* mit Lizenzen von *Rosatom* hexagonale Brennelemente für Atomkraftwerke russischer Bauart für osteuropäische Atom-

kraftwerke herstellen. Dies soll im Rahmen eines in Lyon/Frankreich abgeschlossenen Joint-Venture zwischen *Framatome* und dem russischen Staatskonzern *Rosatom*/*TVEL* erfolgen.

► Darf nicht Alltag werden

Doch dagegen regt sich seit langem Widerstand: „Die fortgesetzten Urangeschäfte mit Russland dürfen kein Alltag werden“, so Alexander Vent vom Lingener Bündnis *Atomkraftgegner*innen im Emsland* (AgiEL). „Während der staatlich-russische Konzern *Rosatom* durch die Besetzung des ukrainischen AKW Saporischschja direkt am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine beteiligt ist, setzt der Betreiber der Lingener Brennelementefabrik,

die französische *Framatome*, die Geschäfte mit dem Kreml-Konzern ungerührt fort.“ AgiEL fordert von der Bundesregierung die sofortige Einstellung aller Atomgeschäfte mit Russland.

► 11 000 Einwendungen

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens für die Erweiterung der Anlagen in Lingen plant das niedersächsische Umweltministerium jetzt einen Erörterungstermin, der vom 19. bis 22. November in Lingen stattfinden soll. Dabei sollen die fristgerecht eingegangenen rund 11 000 Einwendungen erörtert werden, die nach der öffentlichen Auslegung der Unterlagen erhoben wurden. Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne): „Die enorm hohe Zahl der Einwenderinnen und Einwender spricht eine sehr deutliche Sprache: Die Sorge um äußere und innere Sicherheitsfragen wie Sabotage, Spionage und Einfluss des Aggressors Russland ist groß.“ Er habe immer klar gesagt, dass Geschäfte mit dem „Kriegstreiber Putin“ generell und vor allem im sensiblen Atomsektor unterbleiben sollten. „Es ist naiv zu glauben, Putin wolle der *Advanced Nuclear Fuels* über die enge Kooperation mit Rosatom lediglich helfen, osteuropäische Staaten unabhängig von Russland zu machen. Wir stehen klar auf der Seite der Ukraine und sollten nichts tun, was Russlands Einfluss in Europas Energiesektor erhöht.“ Niedersachsen setze sich für eine Beendigung der Lieferungen von russischem Uran für die Brennelementefertigung ein. Erst nach dem Erörterungstermin Ende November kann das Ministerium eine Entscheidung treffen, bei der es sich eng mit dem Bund abstimmen will.

► Verbot überhaupt möglich?

Dabei ist ein Verbot des Deals nicht so einfach: Trotz des russischen Angriffs auf die Ukraine 2022 musste der Atomsektor von den Sanktionen ausgenommen werden, weil zu viele europäische Länder auf Lieferungen aus Russland angewiesen sind. Nicht nur osteuropäische Länder wie Tschechien, Ungarn und die Slowakei betreiben Atomkraftwerke nach russischem Baumus-



links: Brennelementfertigung bei *Framatome* in Lingen ...
oben: ... und im französischen Romans-sur-Isère

**Atomfabrik schließen.
Keine Geschäfte
mit Rosatom!**



Anti-Atom-Demo

26. Oktober 2024, 13 Uhr
ab Bahnhof Lingen

Infos: www.atomstadt-lingen.de

ter. Auch Finnland und – ausgerechnet – die Ukraine benötigen Brennstäbe aus Lingen. Ein schon 2023 im Auftrag des Bundesumweltministeriums gefertigtes Gutachten zeigt ohnehin, dass allein außenpolitische Erwägungen wohl nicht reichen werden, den französisch-russischen Plan für die Brennelementefabrik zu kippen. Es müssten schon konkrete Gefährdungsszenarien für diese Anlage und durch den Zugriff auf sicherheitsrelevante Strukturen dazukommen, damit das im Atomgesetz vorgesehene „Versagungsermessen“ greift. Ein Gegengutachten von *Framatome* kommt gar zu dem Schluss, dass Hannover den Deal überhaupt nicht verbieten kann.

► Gefahren nicht unterschätzen

„In Deutschland sollte sich jeder mann klar darüber sein, dass *Rosatom* ein offensiv auftretender Konzern ist, der im Auftrag des Kremls die geostrategischen Interessen Russlands umsetzt. *Framatome* öffnet durch seine Aktivitäten im Emsland russischer

Spionage und Sabotage im Atombereich Tür und Tor. Dass hier weder die niedersächsische Landesregierung noch die Bundesregierung einschreiten, ist unverständlich. Die Gefahren des *Rosatom*-Deals sollten nicht unterschätzt werden,“ so Vladimir Slivyak, Ko-Vorsitzender der russischen Umweltorganisation *Ecodefense* und Träger des Alternativen Nobelpreises.

Als einstiger Reaktorsicherheitsexperte beim *Öko-Institut* sieht Michael Sailer eine grundsätzliche Gefahr. Der Betreiber einer Brennelemente-Fabrik, sagte er gegenüber der Anti-Atom-Organisation *.ausgestrahlt*, verfüge über zahlreiche Kenntnisse über die belieferten Reaktoren – und die ließen sich im Zweifel nutzen, um deren Betrieb zu stören. „Das ist ein Sicherheitsproblem“, unterstreicht Sailer. Sein Fazit: Einen Betreiber wie Rosatom, der einem Regime wie dem von Putin unterstehe, „lässt man da nicht ran“.

► II ◀

Quellen

AgiEL
.ausgestrahlt
Nds. Ministerium f. Umwelt, Energie, Klimaschutz

Die Undine-von-Blottnitz-Hütte am Zwischenlager Gorleben ist runderneuert. Rund 80 Atomkraftgegner:innen kamen Mitte August, um darauf anzustoßen. Rebecca Harms, BI-Mitbegründerin und ehemalige Grünen-Europaabgeordnete, erinnerte an das politische Wirken von Blottnitz, die in den Anfängen des Gorleben-Protests sowohl in der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) als auch in der Bäuerlichen Notgemeinschaft eine führende Aktivistin war.

Widerstandshütte

Freundschaftshäuser und Widerstandshütten wurden vornehmlich auf dem Baugrund von Atomanlagen errichtet. Als 2010 Mitglieder der Bäuerlichen Notgemeinschaft im Gedenken an Undine von Blottnitz diese Hütte errichteten, war der Ort eher strategischer Natur: schräg gegenüber liegt das Zwischenlagergelände. Bereits vor dreißig Jahren stand dort das Widerstandsdorf Castornix und der erste Castortransport nach Gorleben konnte noch einmal verhindert werden.

„Wir bewegen uns hier auf geschichtsträchtigen Boden, verbinden die Erinnerung an Undine mit den Aufgaben von heute und morgen“, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „Widerstandsgeschichte wurde hier geschrieben, und leider muss unsere Arbeit weitergehen.“

Bereits in zwei Jahren will die BGZ (bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung) den Antrag auf Neugenehmigung des Zwischenlagers für hochradioaktive Abfälle stellen, da blieben nur zwei Jahre, um über Argumente und den notwendigen politischen Druck für ein Mehr an Sicherheit zu sorgen. Dazu taugt auch die Hütte als Treffpunkt.“

Mit Blick auf die lange Suche nach einem Endlager ist der BI klar vor Augen, dass Gorleben eine Pionierfunktion hat. Asta von Oppen von der Rechtshilfe Gorleben ergänzte: „Wir setzen für alle 16 Zwischenlager den Maßstab, weil Gorleben das erste Lager ist, dass bis 2034 neu genehmigt werden muss.“



Undine-von-Blottnitz-Hütte



Fritz von Blottnitz

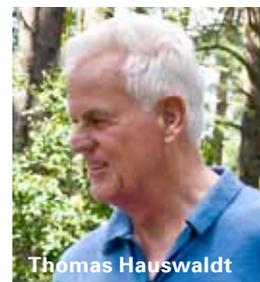
Wolfgang Ehmke



Rebecca Harms



Asta von Oppen



Thomas Hauswaldt

Auszug aus Rebecca Harms' Rede über ihre Freundin anlässlich der Wiedereröffnung der Undine-von-Blottnitz-Hütte im Wald von Gorleben am 11. August 2024

Meine Freundin Undine gehört zu den Menschen im Wendland, die sich 1977 entschieden haben, dass man den Plänen der Atomindustrie nicht vertrauen darf.

Sie brauste mit ihrem gelben BMW eines Tages auf den Parkplatz der Alten Burg und von da an, durch die Tagesordnungen. Viele staunten, wie diese Frau, mit den Brillis am Finger und am Ohr, „von Null auf Gleich“ bereit war, für eine Großdemonstration Verantwortung und Organisation zu übernehmen.

Ihr Wort zählte besonders in der Bäuerlichen Notgemeinschaft. Die wurde mit ihrem Image und ihren Aktionen ein entscheidender Faktor für den Erfolg des Protests. Unsere Argumente gegen die Atomindustrie und die vernachlässigte Atommüllfrage, die hoppla hopp in Gorleben gelöst werden sollte, bekamen nicht nur mehr Gewicht, sondern fanden auch mehr Gehör, wenn Hunderte Trecker zu einer Kundgebung fuhren und ein Bauer oder eine Bäuerin das Wort ergriff.

Spannen wir an und fahren wir los? Blockieren wir mit den Schleppern? Fahren wir weg, wenn die erste Aufforderung kommt oder nach der zweiten oder dritten? Wenn einige von uns wegfahren und andere bleiben, wie halten wir trotzdem zusammen?

Seit der ersten nationalen Großdemo gegen Gorleben, dem Treck nach Hannover im Jahr 1979 und der Blockade der Geno in Lüchow, waren das Fragen, die immer wieder gestellt und beantwortet werden mussten.

Wer heute an die ersten Prozesse gegen Bauern der Notgemeinschaft erinnert, die wegen Nötigung und gefährlichem Eingriff in den Straßenverkehr angeklagt waren, wer an Bilder von zerstochnen Reifen an Dutzenden von Schleppern nach einer Blockade in Splietau erinnert, wer nicht vergessen hat, dass es Bauern waren, die die Ankett-Technik in Betonpyramiden entwickelten, dass es Bauern waren, hinter und unter deren Schleppern sich die Tunnelbauer vor den Castortransporten ans Werk machten, der muss wissen, dass das nur möglich war, weil es untereinander ein Versprechen gab: Keiner der Bauern, die ein Risiko auf sich nahmen, sollte



Undine von Blottnitz

allein gelassen werden mit Schäden, Gerichts- und Anwaltskosten oder Geldstrafen, die in manchen Fällen so hoch waren, dass ein Betrieb in den Ruin getrieben werden konnte.

Für diese Solidarität stand gerade auch Undine. Sie hat die Kasse der Notgemeinschaft nicht nur verwaltet, sondern auch gefüllt. Sie hat keine Veranstaltung besucht, ohne nicht die Sammelbüchse für die Notgemeinschaft zu schwenken. Sie ging damit die Reihen der grünen Parteitage ab und rief „Knete! Asche! Penunse!“. Wenn es ums Geld für die Notgemeinschaft ging, gab es vor ihr kein Entrinnen. Mal ging es um Geldstrafen, ein anderes Mal um die Anschaffung von Funkgeräten.

Undine von Blottnitz, Marianne Fritzen und Martin Mombaur waren nicht nur die Begründer der Bürgerinitiative. Sie gehörten auch zu den Gründerinnen der Grünen. Das Mandat, das sie hier aus der Region zum Thema Ausstieg aus der Atomenergie und Ausstieg aus Gorleben bekam, hat sie immer ernst genommen. Zwei Jahre nachdem Undine ins Europäische Parlament gewählt worden war, kam es zum Supergau von Tschernobyl. Das Büro von Undine in Grabow wurde zu einem Ort, von wo aus wir Beziehungen in die ganze Welt knüpften. Der Versuch, den Atomunfall zu vertuschen und zu verharmlosen, scheiterte. Und unser neues und internationales Netzwerk von Experten und Kritikern der Atomindustrie hatte daran seinen Anteil. Als Undine 1977 in die Bürgerinitiative gebraucht kam, fand ich sie einfach umwerfend. Ich denke immer wieder an sie. Vielleicht kennt ihr das. Ich fahre durch die Land-

schaften des Wendlands und falle in eine Zeitschleife: In Grippel sitze ich mit Undine hinter dem Deich und hoffe, dass die Batterie des Funkgerätes noch reicht, wenn die erste Polizeikolonne anrückt und wir die anderen warnen müssen.

Am Rondel werden wir in Undines gelbem BMW nachts von einer Polizeistreife gestoppt und müssen erklären, warum meine Hände voller Hufteer sind und das Auto voller leerer Eimer.

Vor Splietau sitzt Undine auf einem Hänger, eingepackt in einen Schneeanzug aus Beständen der Nationalen Volksarmee. Sie hatte nach 1989 vorausschauend viele davon sehr günstig für mögliche Blockaden eingekauft.

Undine weint vor Zorn und Enttäuschung in den Trebeler Bauernstuben nach dem Ausstieg der Bewegung aus dem ersten Anlauf für einen Atomkonsens, den sie als Vorstandsmitglied der Grünen mitverhandeln sollte. Anfang der 90er Jahre, als das Angebot für 10 Jahre Restlaufzeit auf dem Tisch lag, festzuschreiben im Grundgesetz.

Einelachende Undine, die in Grabow aus ihrem Garten kommt, mit zwei Eimern voller herrlicher Pflirsche. Zuhause in Grabow wurde sie von ihrem Mann Fritz immer Riese gerufen. Auf den ersten Blick scheint es nicht zu passen. Wer sie kannte, der wusste, dass sie echte Riesenkraft hatte und auch brauchte. Woher sie die nahm? Undine hatte eine ungeheuer große Lust am Leben. Sie liebte das Untergut in Grabow. Mit allem, was dazu gehörte. Sie liebte ihre Familie, die Männer auf dem Hof, ihren Garten, ihre Pferde, Hunde, Hühner und Enten, ihre wunderbaren Feste, die sie oft für ihre Freunde ausrichtete.

Sie war in großen Häusern, manchmal in Palästen, aber auch in Hütten zuhause.

Schön, dass die ihr gewidmete Hütte repariert wurde. Undine bleibt so auch ein sichtbarer Teil der politischen Landschaft des Wendlands. Als 2021 das Ende des Endlagers für hochradioaktive Abfälle in Gorleben kam, lag Undines Tod schon 20 Jahre zurück. Als Streiterin für dieses Ziel war sie zuverlässig und zu fast allem bereit. Als Freundin war sie einzigartig.

Geschichte, die noch nicht Geschichte ist



Die neue Mitarbeiterin Anna Gäde stellt ein wichtiges Archiv der deutschen Anti-Atom-Bewegung vor: das *Gorleben Archiv* in Lüchow.

Vor über 47 Jahre begann die Geschichte: Mit der Standortbenennung Gorlebens für ein Nukleares Entsorgungszentrum gab der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) den Startschuss für eine Bewegung, von der wohl kaum eine:r dachte, dass sie so lange aktiv sein würde. Und noch ist kein Ende in Sicht: Die Suche nach einem Endlager wird sich noch Jahrzehnte hinziehen. Spätestens seit dem Aus von Gorleben heißt es im Wendland: „Wir haben Geschichte geschrieben.“ Sie zu bewahren ist Aufgabe des *Gorleben Archivs* in Lüchow. Immer mehr Menschen räumen ihre Keller und Dachböden auf und bringen ihre Kisten voll mit spannenden Materialien der letzten Jahrzehnte ins *Gorleben Archiv*. Diese Kisten stehen dann zwischen den Regalen und warten darauf, gesichtet, sortiert und anschließend ins Archivsystem aufgenommen zu werden. Seit 2001 arbeitet das *Gorleben Archiv* stetig daran, die Zeugnisse der Auseinandersetzung um die Atomanlagen in Gorleben zu bewahren und für künftige Generationen nutzbar zu machen. Es ist damit das wichtigste Archiv der Anti-Atom-Bewegung in Deutschland. „Gleichzeitig sind wir von zentraler Bedeutung für die Region, da wir das Gedächtnis der sozialen Bewegung sind, die Lüchow-Dannenberg über Jahrzehnte geprägt und verändert hat“, sagt Archiv-Mitarbeiterin Anna Gäde. Das Wendland gilt heute als Modellregion zivilgesellschaftlichen Engagements. Neben der klassischen Archivarbeit, die überwiegend ehrenamtlich getragen wird, bearbeitet das *Gorleben Archiv* Anfragen von Forschenden und Medien und betreut regelmäßig Besuchergruppen, die im Rahmen eines Bildungsurlaubs, eines



Anna Gäde

Freiwilligen Ökologischen Jahres oder anderer Freiwilligendienste auf die Einrichtung in Lüchow zukommen. Vermehrt besteht auch Interesse an Kooperationen im Themenfeld Demokratiebildung. In diesem Bereich arbeitet das Lüchower Archiv mit der Regionalgruppe von *Gegen Vergessen für Demokratie e.V.* zusammen. „Seit 2023 unterstützt uns der Lan-

desverband Soziokultur gemeinsam mit der Bäuerlichen Notgemeinschaft, der Umweltstiftung Greenpeace und der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI), um neben der Archivarbeit in anderen Tätigkeitsfeldern aktiv sein zu können“, so Anna. Dazu gehört auch ein von der Bundesstiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte gefördertes Projekt. In diesem werden ein an jüngere Besucher:innen angepasstes Konzept, Unterrichtsmaterialien für Schulen und eine Workshopreihe entwickelt. Ein weiteres Projekt ist *Rolle vorwärts* (siehe Kasten).

Seit letztem Jahr ist Anna Gäde einerseits für die Projektarbeit im Archiv zuständig und andererseits wird sie von Birgit Huneke, die trotz Ruhestands auch weiterhin im Archiv arbeitet, in alle Archivtätigkeiten eingeführt.

Anna ist im Wendland geboren und aufgewachsen. Nach den frühen Demoerfahrungen in Begleitung ihrer Eltern engagierte sie sich in ihrer Schulzeit bei der Organisation der Lüchower Schüler:innendemos. Nach dem Abitur ging sie fürs Studium nach Gießen und – eng mit ihren Erfahrungen verbunden – schrieb ihre Abschlussarbeit über die Möglichkeiten des Demokratielearnens im Geschichtsunterricht am Beispiel der Gorleben-Proteste.

„Als ich 2013 mein Praktikum in der BI und im *Gorleben Archiv* absolvierte, war ich am Ende traurig, dass es hier keine bezahlte Stelle für mich geben würde. Als ich dann zehn Jahre später die vom Archiv ausgeschriebene Stelle entdeckte, war ich perplex. Ich war so fest davon ausgegangen, dass ich nach meiner Rückkehr ins Wendland als Lehrerin arbeiten würde, dass ich ein paar Tage brauchte, bis ich mich bewarb.“ Die oben genannten Projekte sind nur Projekte auf Zeit. Und auch das Geld fließt nur temporär. „Aber unsere Kosten bleiben. Als freies, unabhängiges Archiv bekommen wir keine institutionelle Förderung und uns fehlt daher Planungssicherheit. Seit unserer Gründung finanzieren wir uns vor allem von Spenden und Mitgliedsbeiträgen“, so Anna.

„Also, Leute, Ihr seid Teil der Geschichte – helft uns, sie zu bewahren!“ Das *Gorleben Archiv* ist gemeinnützig. Spenden und Beiträge sind steuerlich absetzbar.

GORLEBEN
ARCHIV

#2GENERATIONS
ROLLE VORWÄRTS

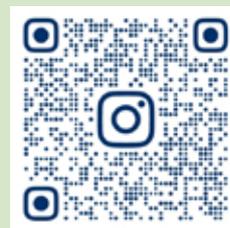


Teensies und viele der in den letzten Jahren Zugezogenen kamen nie in Kontakt mit der über Jahrzehnte gewachsenen Protestkultur, die den Landkreis Lüchow-Dannenberg und seine Kultur so geprägt hat.

In einer Reihe von Sessions haben darum das *Gorleben Archiv* und die *Freie Bühne Wendland* die Jungen und die Alten zusammen und miteinander ins Gespräch gebracht.

„Was ist dir wichtig? Für was engagierst du dich? Macht dir etwas Sorgen? Würdest du gerne etwas verändern?“, lauteten die Fragestellungen. Ein gemeinsames Foto mit dem erarbeiteten Statement manifestierte schließlich die Session von Jung und Alt. Videos und Bilder hat das Archiv auf Instagram und der eigenen Webseite veröffentlicht.

Wer Lust hat, kann auch jetzt noch mitmachen. Auf dieser Website steht, wie's geht: www.gorleben-archiv.de/2generations/



Insta



Web

Ja zur Fähre – Nein zur Brücke

Wir erleben seit geraumer Zeit Versuche, die Verkehrswende auszubremsen. Dabei werden der Autoverkehr systemisch begünstigt und der Ausbau der Bahn und des öffentlichen Verkehrs in der Region behindert. So betreibt auch der Landkreis Lüneburg die Rückwärtsbewegung. In der dünn besiedelten Region der Gemeinden Amt Neuhaus und Neu Darchau im UNESCO-Biosphärenreservat will er den Bau einer 100 Millionen Euro teuren Straßenbrücke über die Elbe in einem erneuerten Versuch durchsetzen.

Von Ludger Klus

Unglaublich!



21.000 t

CO₂ würden beim Bau einer Elbbrücke freigesetzt!

So viel wie durch 3500 Erdumrundungen im PKW!

Schon vor zehn Jahren stand der Betonbau ohne Not und völlig faktenfrei auf der kommunalpolitischen Tagesordnung. Mit Unterstützung der heimischen Bevölkerung konnte die Bürgerinitiative *Ja zur Fähre - Nein zur Brücke* den in Beton gegossenen Größenwahn kommunaler Kirchturmpolitik durch Gerichtsurteil stoppen. Jetzt soll dieses rückwärtsgewandte Vorhaben, als ein rein kommunales Projekt verniedlicht, wiederbelebt werden. Dazu hat der Landkreis Lüneburg kürzlich die Planungsunterlagen für den Antrag auf Baugenehmigung veröffentlicht. Widerstand und Einwendungen dagegen formieren sich erneut und sind bereits auf dem Weg.

► Zeitfenster hilft Befürwortern

Unter Federführung von Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte (Grüne) strebt das Land Niedersachsen zwar die Streichung dieses Auto-Projekts aus dem *Landesraumordnungsprogramm* (LROP) an. Bis das Verfahren aber abgeschlossen sein wird, könnte Jens Böther, CDU-Landrat des Landkreises Lüneburg, dass Betonbauwerk im Naturraum mit internationalem Schutzstatus noch auf die Schnelle durchsetzen. Noch im Juni 2015 entfernte der Landkreis Lüneburg aufgrund von Unfinanzierbarkeit die Brücke aus der Raumplanung. Hingegen ist sie in aktueller regionaler Raumplanung wieder und nunmehr als ein rein kommunales Vorhaben enthalten. Ähnlich wechselhaft ist der Verlauf auf Ebene der Landesraumplanung. Seit Anfang der Neunziger und mit Rückführung des Amtes Neuhaus von Mecklenburg-Vorpommern in den Landkreis Lüneburg ist der Bau einer Elbbrücke im Biosphä-

renreservat Elbtalau bei Neu Darchau und Darchau umstritten. Die Gemeinde Amt Neuhaus mit 5320 Einwohner:innen, rechtsextrem gelegen und ohne nennenswerte gewerbliche Infrastruktur, erstreckt sich rund 40 Kilometer die Elbe entlang. Stromaufwärts und etwa 30 Kilometer entfernt von Neuhaus wurde im Dezember 1992 bei Dömitz eine neue Elbbrücke im Verlauf der Bundesstraße B191 als Symbol der Einheit für den Verkehr freigegeben. Bis zur nächsten stromabwärts gelegenen Brücke bei Lauenburg sind es von Neuhaus rund 35 km. Folglich sahen Bund und Länder mit Fertigstellung der Dömitzer Brücke seit den 1990er-Jahren keine verkehrspolitisch ableitbare Notwendigkeit für eine weitere Elbbrücke. Sie haben dem Projekt schlichtweg eine Absage erteilt.

► Zwei Brücken, zwei Fähren

Zusätzlich gibt es zwischen den beiden Brücken zwei Autofähren: Bei Bleckede ist sie täglich 18 Stunden im Einsatz, zwischen Darchau und Neu Darchau pendelt die Fähre *Tanja* 16 Stunden täglich. Dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung kommt mit neubelebter Einheitseuphorie nun Landrat Böther („Für mich ist die Brücke ein Stück gelebte deutsche Einheit.“) erneut mit den inzwischen aus der Zeit gefallen Plänen um die Ecke. Zwischenzeitlich haben junge Menschen in unserem Lande, angefangen von den Schulstreiks, über Massenproteste auf den Straßen und Plätzen, immerhin die real existierende Klimakrise sowie die Notwendigkeit eines nachhaltigen Technologiewandels bis in Landes- und Bundesparlamente und erfolgreich

bis vor das Bundesverfassungsgericht gebracht. Selbst der Landkreis Lüneburg will bis 2030 komplett klimaneutral sein. Hingegen betreibt sein Landrat in winkeladvokatischer Schläue die Ausdehnung des motorisierten Individualverkehrs und dessen Lenkung über eine Betonbrücke durch das UNESCO-Biosphärenreservat der heimischen Elbtalau. Doch dafür bieten die aktuellen Verkehre in der Region um Neu Darchau und im Amt Neuhaus keine Grundlage.

► Für Brücke keinen Bedarf

Die Fähre Darchau / Neu Darchau transportiert täglich etwa 700 Fahrzeuge. Davon entfallen 170 auf Auspendler von Neuhaus in das westlich gelegene Lüneburg. In den Zeiträumen 6 bis 9 Uhr sowie 15 bis 19 Uhr ist die Fähre gut ausgelastet. In den übrigen Zeiten fährt sie in der Verlustzone. Einen Bedarf für eine zusätzliche Brücke gibt es nicht. Allerdings soll mit dem Bau der Brücke, so die Befürworter des Vorhabens, der Autoverkehr über die Brücke durch die Elbtalau auf täglich rund 2500 Fahrzeuge zunehmen. Diese hochgerechnete Prognose ist Voraussetzung für die Behauptung einer verkehrspolitischen Notwendigkeit der Brücke. Andere Pro-Argumente sind leicht zu entkräften: Ein gutes und leistungsstarkes Nahversorgungskrankenhaus in Boizenburg liegt nur rund 25 Kilometer von Neuhaus entfernt. Auch weiterführende Schulen sind rechtsehbisch in ungefähr 25 Kilometern Entfernung in Boizenburg und Dömitz vorhanden. Die Hemmnisse für eine freie Wahl des Besuchs dieser weiterführenden Schulen wären durch Vereinbarungen zwischen den betreffenden Landkreisen leicht zu beseitigen.

► Nicht „demografiefest“

Weitere Aspekte ergeben sich aus der Potenzialanalyse 2016 für das Amt Neuhaus und den Zahlen aus dem Zensus 2022. Danach schrumpft die Gemeinde Amt Neuhaus im Landkreis Lüneburg relativ am stärksten. Sie wird bis 2035 zwischen 27 und 45 Prozent ihrer Einwohner gegenüber dem Basisjahr 2010 verlieren. Auffällig ist besonders der Bevölkerungsverlust in allen Altersklassen unter 65 Jahren. Diese

prognostizierte Entwicklung dürfte auf die aktuelle Pendlerstatistik durchschlagen. So lässt sich aus der Lage des Amtes Neuhaus, östlich der Elbe, gemäß Potenzialanalyse für die Bewohner des Amtes Neuhaus im Vergleich zu anderen Gemeinden des Landkreises eine relative Benachteiligung ableiten. Dabei sind die Kosten für die Nutzung der Fähre der wichtigste Aspekt.

Insofern schlägt die Analyse für das Amt Neuhaus eine Optimierung der Fährbetriebe vor. Ein kostenloser Personentransport für Bewohner der elbnahen Dörfer und Gemeinden wäre auf Basis der Analyse in Erwägung zu ziehen. Dieser müsste dann, so die Analyse, mit einem entsprechenden Zuschuss für die Fährbetriebe aus den Haushalten des Landes und des Landkreises ausgeglichen werden. Ohnehin würde eine zehn Minuten schnellere Erreichbarkeit zum Beispiel der Kreisstadt Lüneburg bei angenommener Elbbrücke die Gemeinde Amt Neuhaus gemäß der Potenzialanalyse 2016 nicht in die „demografiefeste“ Zone bringen. Hingegen wären ein enger getakter und im HVV eingebundener Personennahverkehr mit direkter Busverbindung von Neuhaus nach Lüneburg und zum Fernverkehr (Brahlstorf – Hamburg) ein wichtiger Standortvorteil.

Dass Landrat Böther mit dem neuen Antrag für den Bau der Elbbrücke nunmehr einen geplanten Trassenverlauf mit Querung bebauter Umgebung in Katernin vorgelegt hat, provozierte letztlich entschiedenes Handeln der Landrätin von Lüchow-Danzenberg, Dagmar Schulz (parteilos) und des Neu Darchauer Bürgermeisters, Klaus-Peter Dehde (SPD). Sie berufen sich auf den 2009 vereinbarten Brückenvertrag. Dort ist eine Ortsumfahrung Neu Darchaus vereinbart. Diese sei im vorgelegten Antrag nicht geplant. Schulz und Dehde haben daher eine weitere Bearbeitung des Bauvorhabens untersagt. Mit Entscheidung vom Dezember 2020 des Verwaltungsgerichts Lüneburg muss die Gemeinde Neu Darchau zwar Voruntersuchungen zur Vorbereitung eines Bauantrags für den Brückenbau auf ihrem Hoheitsgebiet dulden. Allerdings hat das Gericht die Frage, ob die vereinbarte Ortsumfahrung nachgewiesen sei, ausdrück-

Unbegreiflich!

100.000.000,- €

Baukosten entsprechen:

- 200.000 Tablets für niedersächsische Schüler oder
- 40.000 Monatsgehältern für Pflegekräfte oder
- 140 Jahren kostenlosem Fährbetrieb oder
- 70 Jahren gratis Fährbetrieb rund um die Uhr

Schreibt Einwendungen! Abgabefrist: 7. November

Infos

www.keine-bruecke.de
und Seite 26 in diesem Heft

lich offen gelassen. Es erörterte jedoch Gründe, die für eine seitens der Gemeinde Neu Darchau vorgetragene Sichtweise der fehlenden Ortsumfahrung sprechen.

► Notfalls per Gericht

Die Bürgerinitiative *Ja zur Fähre - Nein zur Brücke* begrüßt und unterstützt die Untersagung weiterer Planung. Im Zweifel sollte diese auf der Grundlage des Brückenvertrages und des vorliegenden Urteils auch gerichtlich durchgesetzt werden. So könnte Klarheit hergestellt und der Jahrzehnte andauernde Streit in den Dörfern um Neu Darchau und im Amt Neuhaus befriedet werden. Denn ein überwiegend öffentliches Interesse für den Bau einer Brücke im UNESCO-Biosphärenreservat konnte bis heute nicht nachgewiesen werden.



KEINE! A 39

BUND reicht erneut Klage gegen die Genehmigung des ersten von sieben Abschnitten der geplanten A 39 ein. Von Andreas Conradt

Die Anfänge der heute als A 39 geplanten Autobahn liegen bereits in der Zeit des Nationalsozialismus. Ganz im Sinne des damaligen Größenwahns, hatte das Regime eine Nord-Süd-Verbindung von Stockholm bis – mindestens – Wien im Sinn. Durch den Krieg kam es jedoch nicht zur Ausführung, und die Teilung Deutschlands verhinderte im Anschluss größere Verkehrsprojekte im Zonenrandgebiet.

Doch bereits kurz nach der Wiedervereinigung begannen Wirtschaftsverbände (und nur diese!) erneut über eine sogenannte verkehrliche Erschließung des Raums zwischen der A 7 im Wes-

ten und der A 10, dem Berliner Ring, im Osten nachzudenken. Gefordert wurden seinerzeit zwei sich kreuzende Autobahnen: die Strecken Lüneburg – Magdeburg und Schwerin – Wolfsburg. Diese sogenannte X-Variante scheiterte – natürlich – am vehementen Widerstand im Wendland.

► **Zwei Wahlversprechen**

Im Wahlkampf der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2002 folgte dann das Wahlversprechen einer Autobahn von Schwerin nach Magdeburg. Heute wird diese Strecke als A 14 ge-

baut. Auch sie war lange Zeit heftig bekämpft worden. Um nicht als Verlierer dazustehen, versprach auch der damalige Ministerpräsident von Niedersachsen, Sigmar Gabriel, im Landtagswahlkampf im Jahr 2003 die Verkehrssituation im ehemaligen Zonenrandgebiet zu verbessern. Seitdem wird die A 39 geplant, seitdem auch leistet der *Dachverband der Bürgerinitiativen gegen die A 39* Widerstand gegen diese Nonsensautobahn!

► 22 Jahre Widerstand

Der Protest richtet sich gegen weiteren Autobahnneu- und -ausbau und setzt sich für eine sozial- und klimagerechte Verkehrswende ein. Trotz vielfältiger Bemühungen seit über 20 Jahren, sind die Pläne für eine neue Autobahn in Niedersachsen weiterhin nicht vom Tisch. Die geplante A 39, die Wolfsburg mit Lüneburg verbinden soll, stößt unverändert auf vehementen Widerstand.

„Es ist bedauerlich, dass wir auch im Jahr 2024 immer noch gegen den Bau von Autobahnen protestieren müssen. Die geplante A 39, die eine Länge von 105 km umfassen würde, steht im Widerspruch zu sozialen und ökologischen Belangen. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, diesen Bau zu verhindern“, erklären die Sprecher:innen der Protestbewegung immer wieder.

Angesichts zunehmender Extremwetterereignisse und der Verfehlung von Klimazielen im Verkehrsbereich in den vergangenen Jahren sei ein Umdenken dringend erforderlich. Trotzdem plane die Bundesregierung den Neubau von hunderten Kilometern Autobahn, was den Zielen einer nachhaltigen Verkehrswende widerspreche. Diese Investitionen zementierten eine automobilen Zukunft, die es zu verhindern gelte.

► Zwei Milliarden Euro

Denn die geplante gut 100 Kilometer lange Strecke ist völlig aus der Zeit gefallen. Und das nicht nur wegen der Klimakrise, die solche Projekte grundsätzlich infrage stellt. Der Hamburger Hafen,

dessen gewaltiges, um die Jahrtausendwende prognostiziertes Wachstum die A 39 einmal bewältigen sollte, stagniert seit 15 Jahren. Erst kürzlich wurde ein abermaliger Rückgang im Containerumschlag bekannt. Homeoffice sorgt für Entlastung auf den Straßen; die parallel zur geplanten Trasse verlaufende B 4 ist und wird weiter dreispurig ausgebaut. Der Nutzen des Projekt A 39 sinkt dadurch kontinuierlich, während die voraussichtlichen Kosten ständig steigen. Bisher lagen sie nach offizieller Lesart bei 1,5 Milliarden, jetzt sprach Dirk Meyer, Geschäftsbereichsleiter Planung der Außenstelle Lüneburg der *Autobahn GmbH*, von bis zu 2 Milliarden Euro. Da grenzt es an Irreführung, wenn er das Nutzen-Kosten-Verhältnis von 2,2 als „immer noch gut“ anführt. Die Berechnung des sogenannten NKV stammt aus dem Jahr 2015, als die Kosten mit maximal einer Milliarde Euro veranschlagt wurden. Folgerichtig gehört das geplante Autobahnstück nicht zu den Projekten, die die Bundesregierung mithilfe eines Beschleunigungsgesetzes rasch realisieren möchte; der Bundesverkehrswegeplan rechnet es nicht einmal zu den Vorhaben, die einer Engpassbeseitigung dienen. Der Bau der A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg wäre daher ein Beitrag zur Verhinderung der dringend notwendigen Verkehrswende.

► Zweiter Anlauf

Die Strecke zwischen Lüneburg und Wolfsburg ist in sieben Abschnitte aufgeteilt, die zeitgleich, aber weitgehend unabhängig voneinander geplant und gegebenenfalls auch gebaut werden. Für den südlichsten Teil zwischen Wolfsburg und Ehra-Lessien im Kreis Gifhorn liegt bereits seit 2018 ein Planfeststellungsbeschluss, also quasi die Baugenehmigung, vor, gegen den allerdings der BUND Niedersachsen geklagt hatte. Das Bundesverwaltungsgericht hatte die Planung 2019 für rechtswidrig und nicht vollziehbar erklärt. Vor rund sechs Wochen nun hat der BUND abermals gegen einen nunmehr geänderten

Planfeststellungsbeschluss des 7. Abschnitts der A 39 Klage beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht. „Auch die Planungsergänzungen haben nicht dazu geführt, dass alle Verfahrensfehler behoben wurden“, so BUND-Landesgeschäftsführerin Dr. Tonja Mannstedt. „Nach wie vor wurde für die A 39 keine vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung vorgelegt, die auch die Auswirkungen des Neubaus auf das globale Klima berücksichtigt. Eine solche Planung ist angesichts der immer gravierenderen Klimakrise nicht mehr vertretbar.“ Auch die fehlerhafte Abgrenzung eines betroffenen Natura-2000-Gebiets habe das Land Niedersachsen nicht korrigiert.

► Zwei Partner im Kampf

BUND und Dachverband haben frühzeitig umwelt- und naturverträglichere Alternativen zum Bau der A 39 vorgeschlagen: die Beseitigung von Engpässen im Schienennetz, den Ausbau der A 7 und den dreistreifigen Ausbau der parallel verlaufenden B 4 mit Ortsumfahrungen. Einen Neubau lehnen sie hingegen ab, denn die geplante A 39 beeinträchtigt nationale und europäische Schutzgebiete und zerstört wertvolle Lebensräume und naturnahe Gewässerläufe im – heute noch – größten autobahnfreien Raum Deutschlands.

Spenden gegen die A 39!

BUND
Kreisgruppe Gifhorn

IBAN:
DE85 2695 1311 0161 2739 58

BIC:
NOLADE21GFW

Verwendungszweck:
A 39



Bürgerinitiative
Ja zur Fähre – Nein zur Brücke e.V.

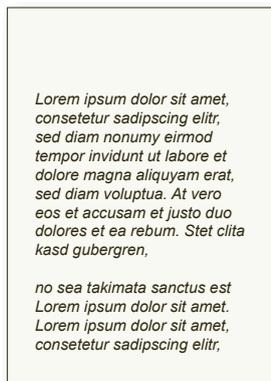
„Jetzt Einwendungen schreiben!“

Gegen die Planfeststellungsunterlagen für den Neubau der Elbbrücke
Darchau – Neu Darchau!

Abgabefrist: 7. November 2024

Einwendungen gegen den Neubau einer Brücke zwischen Darchau und Neu Darchau dienen dazu, persönliche, rechtliche und inhaltliche Bedenken oder Einwende gegen das Bauprojekt geltend zu machen.

Einwendungen per Post – 3 einfache Schritte:

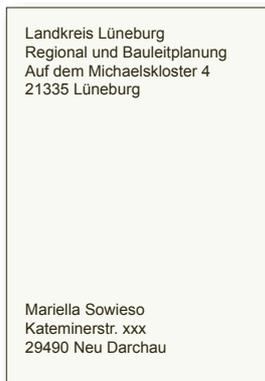


1. Text verfassen

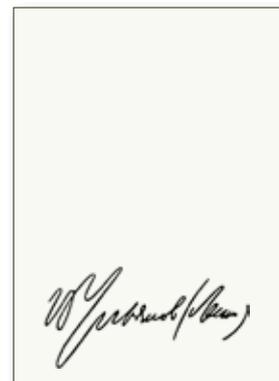
Hinweise: (Weitere Beispiele unter keine-bruecke.de)

- Persönlichen Bezug darstellen (auch Auswärtige!)
- Persönliche Betroffenheit ausdrücken
- Substantielle Beispiele anführen
- Persönliche Beeinträchtigungen beschreiben
- Authentisch und individuell formulieren

- Klimaschutzgesetz des Bundes
- Klima- / Generationengerechtigkeit
- Internationale Verträge zum Klimaschutz
- Nationales und internationales Naturschutzrecht (z.B.: Natura 2000 Gebiet, Biosphärenreservat u.a.)



2. Anschrift / Absender



3. Unterschrift

Für Fragen rund um das Thema Einwendungen, stehen wir Ihnen gerne weiter zur Verfügung.

Rufen Sie uns an, schreiben Sie uns eine E-mail oder besuchen Sie uns im Gemeindebüro Neu Darchau.

Nächster Termin:
Mittwoch, 2. Oktober, 10.00 - 13.00 Uhr
(weitere Termine unter keine-bruecke.de)

Vielen Dank!

BI Ja zur Fähre - Nein zur Brücke e.V.
c/o Heike Thies
Elbuferstr. 19
29490 Neu Darchau

05853 – 9999 781
info@keine-bruecke.de

www.keine-bruecke.de
www.facebook.com/Keine.Bruecke



**Jede Spende hilft mit, dieses
irrsinnige Vorhaben aufzuhalten!**

Unser Spendenkonto:

IBAN: DE58 8306 5408 0005 2933 59
BIC: GENODEF1SLR
Bankinstitut: Deutsche Skatbank



35 Jahre: Seit Juli 1989 findet immer sonntags um 14 Uhr das Gorlebener Gebet statt. (Das Bild ist aus den 90er-Jahren.)

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow

Mo – Mi: 10 – 15 Uhr • Do: 12 – 18 Uhr • Fr: geschlossen

☎ 05841 - 4684

buero@bi-luechow-dannenberg.de

www.bi-luechow-dannenberg.de



15 Jahre Sonntagsspaziergang Gorleben

27. Oktober ab 12.30 Uhr an der Undine-von-Blottnitz-Hütte

Getränke- und Essensspenden erbeten

Der Spaziergang endet vor dem Zwischenlager

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name Vorname

Straße Hausnummer

PLZ, Ort E-Mail

Datum Unterschrift

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (4 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber Name der Bank

BIC IBAN

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an die oben genannte Adresse schicken.